



Bericht



aus dem Land

www.werner-kalinka.de

März 2010

Informationen zur politischen Arbeit

- Die Werte gehen verloren
- Gelöbnis-Rede 11. März 2010 auf Gut Neuhaus
- Landesentwicklungsplan (LEP): Wirtschaft und Wachstum fördern, kommunale Verantwortung steigern, Bürokratie abbauen
- Arbeit, Hartz IV, soziale Balance - was ist zu tun?
- Innere Sicherheit stärken!
- Mehr Präsenz der Polizei notwendig
- 2. Einsatzhundertschaft
- Jugendliche Intensivtäter
- Landtagsdebatte zu Gaffern
- Quo vadis, CDU Schleswig-Holstein?
- Justiz 2010-2014: Gespräch mit Minister Schmalfuß
- Schluß mit Jubelparteitagen
- Kritische Stimmen der CDU-Basis
- Sich an Friedrich Merz erinnern
- 20 Jahre Deutsche Einheit
- Ehrungen bei der CDU
- Engagement für den Notarzt-Standort Lütjenburg
- DGB streicht K.E.R.N. aus dem Namen
- Frühstückspause ist keine Arbeitszeit
- Es geht um 50 Mio. Euro für die Kommunen
- Aus der Landespolitik

Der Bericht aus dem Land erscheint per E-Mail in der Regel mehrfach in der Woche. Sofern Sie ihn kostenfrei beziehen möchten, richten Sie bitte eine Mail an mail@werner-kalinka.de Nachfolgend übermitteln wir in diesem "Bericht zur politischen Arbeit" auch eine Reihe von E-Mails, die einen Überblick über die Inhalte geben.



Werner Kalinka

Bericht



aus dem Land

Email- 272/2008

Wenn 2 und 2 nicht mehr 4 sind

1994 war ich zu einem Gespräch bei Peter Tamm. Es dauerte länger als geplant. Wir kamen auf die Zukunft des Landes und die wirtschaftliche Entwicklung zu sprechen. Glasklar war die Analyse des langjährigen, hoch erfolgreichen Vorstandsvorsitzenden des Axel Springer Verlages: „Wenn twee und twee nich mehr veer, sondern fief sünd, muss di mit de Leu gar nich mehr ünnerholen.“ Ich habe oft an diese Worte denken müssen und sie zitiert. Peter Tamm sagte sie 1994. Er sah dunkle Wolken schon damals am Horizont aufkommen.

Die Werte-, Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftskrise ist nicht vom Himmel gefallen. Es gibt Ursachen und Entwicklungen, die nicht erst in jüngster Zeit begonnen haben. Zu spüren und zu erkennen waren viele Probleme seit Jahren - wenn man nur die Augen auf machen wollte.

Die CDA Schleswig-Holstein hat sich seit 2004 deutlich positioniert. Die Freude darüber hielt sich bei manchen sehr in Grenzen. Dr. Andreas Ellendt hatte „die Gier nach dem schnellen Geld“ schon 2006 klar benannt.

Der soziale Sprengstoff in unserer Gesellschaft ist nicht über Nacht gekommen. „Die soziale Balance wahren“, so unsere Forderung 2004. Sorgfältig hatte die CDA Schleswig-Holstein Lage und Entwicklung analysiert, vor Ort recherchiert, Gespräche geführt und ein umfassendes Programm mit Handlungserfordernissen erarbeitet. Mit unseren Aussagen zu „Mensch und Arbeit“ haben wir 2006 den Finger in die Wunde gelegt. Am 3. Mai 2007 beschloss die CDU Schleswig-Holstein auf CDA-Antrag: „Wer in Vollzeit arbeitet, sollte einen Lohn bekommen, der die Existenz sichert“.

Die Zahl derer, die zu ihrem Lohn staatliche Hilfe bekommen, steigt. Dies gilt auch für die Grundsicherung. Es werden in bestimmten Bereichen Löhne gezahlt, von denen man kaum leben kann. Wenn Arbeit nicht mehr Armut verdrängt, läuft etwas richtig schief in einem Land.

Konzerne und Monopolstrukturen bedürfen starker Partner im Arbeitnehmerbereich. Sonst geht auch hier die Balance zu sehr auseinander. Die SPD ist kaum noch in der Lage, sich um die Interessen der Arbeitnehmer zu kümmern. Dies ist Verpflichtung wie Chance, daß wir es tun. Und dazu gehört auch das Gespräch mit den Gewerkschaften, unabhängig davon, dass auch dort manches ärgerlich ist.

Zum CDU-Landesparteitag am 31. Okt./1. Nov. 2008 hatte die CDA einen Antrag zur Finanzkrise und zur HSH Nordbank gestellt. Er wurde an den Landesvorstand überwiesen. Die Botschaft ist klar: Auch bei uns gelten für Banken und Managergehälter die Regeln, die in Berlin beschlossen sind.

Wenn Bürger sich abwenden von Parteien und Politik, so hängt dies meist mit Verdruss zusammen. Das Zu- und Vertrauen ist geringer geworden - nicht nur zwischen den Banken.

„Wenn 2 und 2 nicht mehr 4, sondern 5 sind...“, sagte einst Peter Tamm und forderte damit auch und vor allem mehr Orientierung an Werten, zumindest eine sorgfältige Diskussion darüber.

Es ist nie zu spät, wenn die Diskussion nur gewollt ist. Sonst werden DIE LINKEN noch stärker.



Bericht



aus dem Land

www.werner-kalinka.de



Email-57/2009
1. April 2009

Es brodelt

30 000 Euro, so schilderte mir dieser Tage ein Rentner, habe er durch einen Fonds verloren. Geld für den Lebensabend - erspart, eingeplant und jetzt einfach weg.

Ein tägliches Beispiel: Ein mittelständischer Betrieb muss Insolvenz anmelden. 40 Beschäftigte sind betroffen, 40 Familien sind in grösster Sorge und Existenzangst.

Milchbauern können nicht davon leben, für 19 Cent den Liter Milch verkaufen zu müssen. Eine Wende sehen sie nicht. Proteste, Zorn. Sie haben investiert - und jetzt?

„Den Großen hilft man - und uns?“, so ist die Stimmung. Milliarden für die Banken, aber (zu)wenig Unterstützung für Mittelstand, Selbständige, Gastronomie und Landwirte.

Wir stehen in gefährlicher Lage. Steigende Arbeitslosigkeit, Insolvenzen, Existenzverluste sind der Nährboden für die Abwendung von „etablierten“ Parteien.

Über einen Minister-Rücktritt kann man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Vor allem dann nicht, wenn er mit inhaltlichen Aussagen verbunden ist.

Stegner und die FDP profitieren von der Entwicklung. Sie müssen dafür nicht viel tun, noch nicht einmal (überzeugende) eigene Konzepte vorlegen.

Fragen und Unmut der Bürger werden deutlicher und härter. Es brodelt an der Basis. Antworten und Lösungswege werden verlangt. Führung wird eingefordert.

Inhalte und Herausforderungen sind klarer zu benennen. Danach ist das politische Handeln auszurichten. Nebensächlichkeiten dürfen nicht mehr ablenken.

Bei der HSH-Nordbank darf es keine weiteren negativen Überraschungen geben. Getroffene Entscheidungen müssen sicher zum Weg aus der Krise führen.

Die CDU muss ihre wirtschaftliche und soziale Kompetenz sichtbarer machen. Beide Teile gehören zu den wichtigen Werten einer Volkspartei und sind gleich zu gewichten.

Eine Volkspartei zu sein, muss man immer wieder erarbeiten und unter Beweis stellen. Wort und Tat müssen im tatsächlichen Einklang zueinander stehen.

Im Umgang untereinander und in der Bewertung miteinander sind Regeln einzuhalten. Gerade auch in einer Partei. Sonst nimmt deren Akzeptanz Schaden.

Die Vermittlung der Landespolitik muss besser werden. Ernste Probleme verlangen ernste Antworten, dies muss im Mittelpunkt stehen.



Bericht



aus dem Land

www.werner-kalinka.de



Email-43/2009
12. März 2009

Was sind die Werte dieser Welt?

Vieles ist in Schieflage. In Deutschland, in Europa, in der Welt. Vor einigen Jahren schien alles noch weit entfernt. Heute wissen wir, dass die globalisierte, uns entfremdende Welt mitten unter uns ist.

Fußball-Profis verdienen Millionen. Polizeibeamte mit 2.500 Euro im Monat müssen die Spiele schützen, nicht selten ihre Gesundheit riskierend. Hooligans dürfen sich als „Fans“ bezeichnen und schlimme Schlägereien anzetteln.

Raffke bestimmt Teile der Finanzwelt. Aktien-Kurse waren zeitweilig davon geprägt, wer die meisten Arbeitsplätze abbauen wollte.

Die HSH-Nordbank ging in die Welt, so als ob dies die Originär-Aufgabe einer Bank in Schleswig-Holstein und Hamburg sei. Mit dramatischen Folgen.

Millionen redlich arbeitender Menschen sorgen sich um ihre Existenz. Erfolgreiche Manager-Millionäre sonnen sich im Ausland.

Die soziale Lage wird immer dramatischer. Es ist eine Frage der Zeit, daß sich die betroffenen Menschen in ihrer Perspektivlosigkeit Luft verschaffen.

Interessen, Netzwerke, Seilschaften - man darf darüber nicht sprechen, will man nicht riskieren, attackiert zu werden.

Die Werte gehen verloren, die Bindungen der Menschen werden (gefährlich) brüchig. Unsere Gesellschaft ist in Unordnung, ihr fehlt Halt und Orientierung.

Menschenrechte sind unteilbar, so hat es einst die Junge Union zutreffend formuliert. Wirklich? Militär-Macht ist auf Dauer keine Politik.

Oberflächlichkeit, Mittelmäßigkeit, Mobbing sind häufig bestimmend. Leistung und soziale Kompetenz sind ein weniger wichtiger Faktor geworden.

Die Themen sind fortsetzbar. Wir stehen in schwierigster Lage. Jubel-Bilder mögen Stimmungen befriedigen. Zur derzeitigen Lage passen sie nicht.



Bericht



aus dem Land

www.werner-kalinka.de



Email- 52/2010
12. März 2010

Feierliches Gelöbnis in der Öffentlichkeit

**11. März 2010 Gut Neuhaus bei Lütjenburg
Flugabwehrlehrregiment 6 (Lütjenburg) und
Aufklärungsbataillon 6 „Holstein“ (Eutin)**

Rede Werner Kalinka

Liebe Soldaten, liebe Angehörige und Freunde,
sehr geehrte Herren Kommandeure und Offiziere,
sehr geehrte Vertreter aus dem politischen und gesellschaftlichen Leben,
sehr verehrte Damen und Herren,

ich freue mich, dass der Anlass des heutigen Tages, Ihr Gelöbnis, ein so großes Interesse geweckt hat. Auf **Gut Neuhaus** – inmitten unserer Region – und damit ein sichtbares Zeichen der Verbundenheit unseres ländlichen Raumes. Die Bundeswehr ist ein wichtiger, wertgeschätzter und wirtschaftlich wichtiger Teil unserer Heimat.

Dienst an der Gemeinschaft ist heutzutage nichts Selbstverständliches mehr. Soldaten sind ein Teil unserer Gesellschaft, eingebettet in unsere Gesellschaft und müssen von der Gesellschaft auch getragen werden. Es sind ihre Söhne, Töchter, Freunde, Bekannte, Nachbarn. Zusammen sind wir dankbar für mehr als 50 Jahre Frieden in Freiheit, zu denen immer wieder neue Generationen junger Wehrpflichtiger einen wichtigen Beitrag geleistet haben.

Der Auftrag, unser Land zu schützen - und wenn es erforderlich ist auch für andere Menschen Frieden zu sichern und gegebenenfalls zu schaffen, dieser Auftrag kommt von Ihnen, liebe Mitbürger.

Fühlen Sie sich daher persönlich betroffen, wenn Ihre Söhne und Töchter in Uniform wegen ihrer Funktion angegriffen oder geschmäht werden.

Das Gewaltmonopol des Staates darf nicht in Frage stehen. Was geschieht, wenn die Gewalt unkontrolliert wird, das sehen wir in anderen Ländern. In Deutschland lesen wir es in den Geschichtsbüchern, die uns nur allzu schmerzlich daran erinnern, was es bedeutet, wenn Recht und Gesetz verloren gehen.

Frieden, Freiheit und Toleranz kennzeichnen unseren Staat. Wenn wir konkret wissen wollen, was dieser Friede, diese Freiheit und diese Toleranz bedeuten, dann müssen wir nur über unsere Grenzen schauen. Sehen wir uns die Nachrichten aus der Welt an: aus dem Fernen und Nahen Osten, aus einigen afrikanischen Staaten oder auch aus Afghanistan. Angesichts der existenziellen Nöte vieler Menschen in diesen Regionen können wir nur dankbar sagen, dass wir seit mehr als 65 Jahren in Frieden leben.

Seit über 5 Jahrzehnten hat die Bundeswehr dies gemeinsam mit den Alliierten in Deutschland gesichert, und seit Jahren ist die Bundeswehr auch in fremden Ländern, wo Friede und Freiheit verloren gingen und Menschen der Hilfe bedürfen. Bundeswehrsoldaten haben Einsatzerfahrung, kennen Not und Leid in der Welt.

Ein Leben in Frieden und Freiheit und in Achtung vor der Würde eines jeden Menschen ist das höchste Gut der Menschen, aber es immer wieder gefährdet. Wir erleben heute, wie Fanatiker in der Lage sind, Angst und Schrecken in unser Land zu tragen, dorthin, wo wir uns doch eigentlich so sicher fühlten.

Frieden ohne Freiheit ist kein echter Friede. Frieden und Freiheit miteinander zu verbinden, vermag nur eine Demokratie, eine starke Demokratie mit Teilung und Kontrolle der Gewalten.

Wilhelm Busch hat es einst so formuliert:

„Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.“ Im Kleinen spüren wir dieses häufig.

Im Großen zeigt der Blick in die Nachrichten, um die Gefahren zu erkennen: Terrorismus, religiöser Fanatismus, ethnische Intoleranz, Nationalismus, Verteilungskämpfe, Machtgier und organisierte Kriminalität.

Die Gefahren für uns und in der Welt durch Terrorismus sind nach wie vor groß. In Deutschland leben aktuell mehr als 100 jederzeit zu Terrorakten bereite Fanatiker, die 10-fache Zahl zählt zu ihrem Umfeld. Und es ist besonders bitter, dass selbst in Afghanistan rund ein Dutzend junge Deutsche als Taliban agieren – auch bereit, deutsche Soldaten, die für den Frieden arbeiten, anzugreifen.

Insgesamt ist die Bedrohung deutscher Soldaten durch Angriffe in Afghanistan beträchtlich: In Deutschland laufen derzeit deswegen 88 Ermittlungsverfahren.

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, stellen wir uns die Frage nach dem Sinn bewaffneter Macht und der Einbindung junger Staatsbürger durch die Wehrpflicht. Es stellt sich die Frage nach unserer Fähigkeit, unsere Werte schützen zu können und sie gegebenenfalls zu verteidigen. Es stellt sich die Frage, ob wir helfen können oder nur zuschauen wollen.

Sie, liebe Angehörige, haben dem Staat die vor uns stehenden jungen Männer und Frauen anvertraut, damit sie einer Dienstpflicht nachkommen.

Heute werden bei weitem nicht mehr alle jungen Männer ihres Jahrganges zum Dienst bei der Bundeswehr eingezogen. Umso aner kennenswerter ist es, dass Sie Ihrer gesetzlichen Pflicht nachkommen. Dafür möchte ich Ihnen, gerade auch vor Ihren Angehörigen, danken.

Auch andere haben unsere Anerkennung und Achtung verdient. Der junge Polizist, der jedes Wochenende seinen Kopf für die Demonstrationsfreiheit anderer hinhält oder gegen Rockerbanden kämpft; **der Feuerwehrmann**, der selbstlos ins brennende Haus rennt und **der Zivildienstleistende**, der aus innerer Überzeugung der Gemeinschaft in der Pflege alter oder kranker Menschen dient, hat das gleiche Recht auf Anerkennung.

Wenig Verständnis habe ich für jene, die sich nicht in die Gemeinschaft einbringen, obwohl gerade sie oft die Ersten sind, die Leistungen vom Staat einfordern.

Demokratisches Miteinander setzt Toleranz voraus. Toleranz gegenüber der anderen Meinung und die Fähigkeit, sich als Minderheit dem Willen der Mehrheit zu beugen. Der Schutz der Minderheit ist im Umkehrschluss die Pflicht der Mehrheit, auch die Pflicht der Soldaten des Demokratischen Staates. Und da wir uns als Gemeinschaft entschieden haben, auch anderen in Not mit militärischen Mitteln zu helfen, ist auch der Einsatz außerhalb der Bundesrepublik heute selbstverständliche Pflicht jener Soldaten, die sich freiwillig entschieden haben, diesen Dienst zu leisten.

Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, bitte ich, gerade auch dann die Bundeswehr zu tragen und zu stützen, wenn sie in den Einsatz geht. **Die Bundeswehr braucht Ihren Rückhalt.**

Zu wissen, dass man in der Heimat hinter Ihnen steht, ist für Soldaten von größter Wichtigkeit. Dies gilt auch und besonders für schwierige Situationen. **Jene, die in kürzester Zeit schwierigste Entscheidungen zu treffen haben und dabei nach bestem Wissen und Gewissen handeln, müssen sich unserer Solidarität sicher sein.**

Liebe Rekruten, mit dem heutigen Tag vertrauen wir Ihnen ein kleines Stück der Sicherheit unseres Landes an. Ich wünsche Ihnen, dass Sie spüren, dass Sie gebraucht werden; gleich, ob sie aus Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg oder Schleswig-Holstein kommen; gleich, ob Mann oder Frau, religiös oder nicht, und welcher Hautfarbe.

Ich wünsche mir, dass unsere Bevölkerung in den Garnisonsstädten weiterhin so sichtbar hinter Ihren Soldaten steht und Sie Ausbildung und Einsatz gesund hinter sich bringen.

Ich danke Ihnen.

Flensburger Tageblatt vom 21.11.2008, Seite 22

Landesentwicklungsplan soll runderneuert werden

In Sachen Landesentwicklungsplan ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Der Vorsitzende des Rechts- und Innenausschusses, Werner Kalinka, sieht Bestrebungen, den Plan weiter zu entwickeln.

Maasbüll/vdL – Der vielfach kritisierte Landesentwicklungsplan (LEP) 2009 sei ein Entwurf und stelle keinesfalls bereits die Endfassung dar, die breite politische Diskussion werde vom Landtag aufgegriffen und zu Änderungen führen. Mit diesen Aussagen versuchte der CDU-Landtagsabgeordnete Werner Kalinka auf einer Diskussionsveranstaltung der CDU-Bezirksverbände der Ämter Hürup und Langballig im Landgasthof Neukrug in Maasbüll die Wogen zu glätten. In fast allen ihren Stellungnahmen hatten die kommunalen Gebietskörperschaften deutliche Kritik am LEP-Entwurf geübt.

In Nordangeln ging es dabei im Wesentlichen um drei Punkte:

- Feste Quotenvorgaben und rückwirkender Stichtag (31.12.2006) bei den Vorgaben für die Wohnraumentwicklung bis zum Jahr 2025
- Fehlende Schwerpunktsetzung für den Tourismus für den Küstenabschnitt

zwischen Glücksburg und Gelting

- Schwächung des ländlichen Raumes durch Aberkennung von überörtlichen Versorgungsfunktionen zahlreicher Ortschaften.

Kalinka teilte mit, dass diese Kritik mittlerweile in ein Zehn-Punkte-Papier seiner Fraktion eingeflossen sei. Der Rechts- und Innenausschuss des Landtages unter seinem Vorsitz habe alle beim Innenminister eingegangenen Stellungnahmen angefordert. Dieser unterstütze eine ergebnisoffene Diskussion über den Entwurf.

In der vom Hüruper Bezirksvorsitzenden Peter Claußen geleiteten Versammlung mit Vertretern aus den beteiligten Gemeinden monierte dessen Langballiger Kollege Thomas Jepsen die Detailversessenheit des Entwurfes. Für die ansonsten propagierte Verlagerung der Entscheidung auf die regionale und kommunale Ebene verbleibe gar

kein Freiraum mehr. Er beklagte wie andere Teilnehmer die starke Fokussierung auf die zentralen Orte, die eindeutig zu Lasten des ländlichen Raumes gehe.

Kalinka verwies abschließend darauf, dass der LEP nicht nur negativ, sondern in den Ober- und Mittelzentren durchaus positiv gesehen werde. „Insgesamt aber hat eine kritische Distanz in die Denke der gro-

ßen Koalition Einzug gehalten.“ Dort sei man offen für eine grundlegende Debatte. Dafür sei der Zeitrahmen bis Ende 2009 ausreichend. Im Ergebnis zeigte sich der Abgeordnete zuversichtlich, dass eine systematische Weiterentwicklung des LEP

möglich ist. Durch Kürzung und Straffung müsse er den Charakter eines Rahmenplanes erhalten, der auf der Ebene der Regionen eine flexible Handhabung erlaube. So entstünden Freiräume für planerische Entscheidungen vor Ort.



Werner Kalinka und Christopher Vogt (FDP) stellen am 12. März 2010 für die Koalition vor der Landespressekonferenz die Eckdaten des neuen Landesentwicklungsplanes vor

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Landesentwicklungsplan nach folgenden Maßgaben zu beschließen:

Landesentwicklungsplan 2010 – 2025: Weniger Vorgaben, mehr Freiheit vor Ort

Dem Landesentwicklungsplan kommt für die Zukunft Schleswig-Holsteins eine erhebliche Bedeutung zu. Er legt fest, wie und wohin sich das Land und seine Regionen mittel- und langfristig entwickeln sollen.

In seinen Wirkungen soll der Landesentwicklungsplan vor allem wirtschaftliches Wachstum auslösen, Aussagen über die Umwelt- und Landschaftsentwicklung mit dem Ziel des Erhaltes unserer Landschaft und Natur treffen, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Stadt und Land sicherstellen und Rahmenbedingungen für die Orientierung in wesentlichen Bereichen wie der sozialen Entwicklung und den bildungspolitischen Erfordernissen setzen.

Ein wichtiges Ziel des Landesentwicklungsplanes muss es sein, die konkurrierenden Ansprüche von Siedlung, Wirtschaft und Verkehr einerseits und dem Erhalt einer lebenswerten Umwelt andererseits miteinander zu vereinbaren. Die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes ist die Basis für die Realisierung.

Der Landesentwicklungsplan soll auf das Wesentliche konzentriert werden. Vorgaben, die keine planerische Relevanz haben, sind aus dem Entwurf zu streichen. Damit wird auch ein Beitrag zum Aufgabenabbau und zur Entbürokratisierung geleistet.

Der Landesentwicklungsplan soll Rahmenbedingungen setzen. Er soll weniger Vorgaben enthalten, sondern mehr Entscheidungen vor Ort und in der regionalen Planung zum Ziel haben. Er soll die Bedürfnisse der Menschen vor Ort beachten. Individuelle Betrachtungen sind geboten.

Die kommunalen Kompetenzen und die Selbstverwaltung sind zu stärken. Eine Schlechterstellung des ländlichen Raumes, der Unterzentren, der ländlichen Zentralorte und der Stadtrandkerne darf es nicht geben. Infrastruktureinrichtungen haben ihre Bedeutung im ganzen Land, nicht nur in Städten.

Der ländliche Raum und die Stadtregionen sind Partner, keine Gegner. Ihr Verhältnis soll vom Grundsatz der Chancengleichheit und der „gleichen Augenhöhe“ geprägt sein. Abstimmungen müssen auf freiwilliger Basis erfolgen.

Im Rahmen der notwendigen Überarbeitung des Landesplanungsgesetzes und des Landesentwicklungsgrundsatzgesetzes ist das zentralörtliche System in diesem Sinne fort zu entwickeln.

1. Den ländlichen Raum stärken

Die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raumes darf nicht durch restriktive Festlegungen eingeschränkt werden. Die Entwicklungspotentiale sollen voll ausgeschöpft werden können.

Die ländlichen Räume müssen eigene und individuelle Entwicklungsimpulse setzen können. Die Erhaltung und Weiterentwicklung eines attraktiven Lebens-, Wirtschafts-, Natur- und Erholungsraumes ist zu fördern.

Im Vordergrund müssen die Bedürfnisse der Menschen stehen. Notwendig ist daher eine ortsnahe und qualitativ hochwertige Versorgung mit Bildungseinrichtungen sowie mit Einrichtungen der Daseinsvorsorge, die auch eine flächendeckende medizinische Versorgung beinhaltet. Mehr-Generationen-Denken wird unterstützt. Die Menschen – gerade auch die älteren und alten – sollen möglichst lange in der gewohnten Umgebung leben können. Dies sind auch Gebote sozialen Handelns. Infrastruktureinrichtungen außerhalb der Schwerpunkortorte sollen grundsätzlich erhalten bleiben.

2. Wohnungsbauentwicklung ist kommunale Verantwortung

Eine Begrenzung des Wohnungsneubaus würde die Handlungsfähigkeit vieler Kommunen in den ländlichen Räumen in unverhältnismäßiger Weise einschränken. Die wohnbauliche Entwicklung soll prozentual nicht begrenzt werden. Die Siedlungsentwicklung soll auf kommunaler Ebene geprägt und entschieden werden. Dieser Grundsatz ist Ausdruck freiheitlicher und die kommunale Seite tatsächlich mit Eigenverantwortung ausstattender Denkungs- und Handlungsweise. Die Kommunen wissen am besten, welche Entwicklung sie für sich wollen und verantworten können.

Kriterien für die Ausweisung neuer Baugebiete sollen auch neue, den demographischen Wandel berücksichtigende Wohnungsprojekte und energieeffiziente Bauvorhaben sein. Bau- und Siedlungsflächen auf dem Wasser sollen gleichrangig auch für andere als touristische Zwecke genutzt werden.

3. Wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig fördern

Entwicklungachsen kommt eine überregionale Bedeutung zu.

Die vorgesehene Orientierung an Entwicklungachsen darf aber kein Ausschließlichkeitskriterium sein und nicht dazu führen, dass außerhalb dieser Entwicklungachsen keine gewerbliche Entwicklung mehr möglich ist. Zu den Entwicklungachsen im Land zählen auch

- die A 20,
- die A 21 und B 404 bis zur A 24,
- die B 207 von Lübeck bis zur A 24,
- die Ost-West-Verbindungen B 199/B 201 und B 202/B 203,
- alle notwendige Verkehrsanbindungen, u. a. die Fehmarnbeltquerung.

Die Schienenhinterlandanbindung von Fehmarn soll zusätzlich in den Landesentwicklungsplan aufgenommen werden. Die Ansiedlung von Gewerbe soll auch außerhalb der Entwicklungachsen unterstützt werden.

Die Möglichkeit zur Ansiedlung, Entwicklung und Erweiterung insbesondere von mittelständischen Betrieben ist nicht auf zentrale Orte und Städte zu beschränken, sondern muss in allen Landesteilen möglich sein. Eine Begrenzung auf den „örtlichen Bedarf“ darf es nicht geben. Für Gewerbeansiedlungen im Außenbereich gilt Bestandsschutz.

Bei der Ansiedlung von Einzelhandelseinrichtungen sollen kommunale Interessen berücksichtigt werden, da sie von zentraler Bedeutung sind. In allen Gemeinden soll auf wohnortnahe Einzelhandelseinrichtungen zur Deckung des täglichen Bedarfs hingewirkt werden. Das Kongruenzgebot ist im Grundsatz geeignet. Abweichungen von den Vorgaben im Landesentwicklungsplan sollen in begründeten Einzelfällen möglich sein.

Die Schaffung interkommunaler Gewerbegebiete in Autobahnnähe (z. B. A 7 Schleswig – Schuby – Jagel) ist zu unterstützen. Im Luftverkehr soll die zivile Nutzung Jagels möglich sein. Im Rahmen eines Luftverkehrskonzeptes sollte der Standort Kaltenkirchen überprüft werden.

Die Prüfung von Rohstoffvorkommen für einen späteren Abbau soll auch außerhalb von Vorbehaltsgebieten möglich sein. Wirtschaftliche Nachnutzungen der Abbauflächen sind zulässig.

4. Tourismus: Investitionen nicht nur in Schwerpunkträumen

Eine planerische Begrenzung touristischer Investitionen auf Schwerpunkträume wird dem Grundsatz, allen Landesteilen wirtschaftliche Entwicklungschancen zu geben, nicht gerecht. Es gilt, im immer härter werdenden bundesweiten und internationalen Wettbewerb alle Potentiale zu unterstützen, zumal der Individualtourismus sich immer größerer Beliebtheit erfreut.

Für die bestehenden Campingplätze und ihren Zuschnitt gilt Bestandsschutz. Neue Campingplätze sollen auch in der Nähe und mit Zugang zu Küsten und Seen genehmigt werden können. Dies entspricht den Wünschen der Urlauber und steigert die touristische wie wirtschaftliche Attraktivität Schleswig-Holsteins.

Die Möglichkeiten zur Errichtung von Wochenend- und Ferienhausgebieten sollen erweitert werden. Die Maximalgröße von Wochenendhäusern ist zu erhöhen und die von Ferienhäusern aufzuheben.

5. Breitbandversorgung und Fortentwicklung der IT-Vernetzung von überragender Bedeutung

Ziel ist es, schnellstmöglich eine flächendeckende Versorgung zu gewährleisten. Diese ist für die wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze vor Ort und zu Hause von allergrößter Wichtigkeit.

In Schulen und Bildungseinrichtungen hat die Arbeit am und mit dem Computer eine stark zunehmende Bedeutung. Eine flächendeckende Breitbandversorgung und die Fortentwicklung der IT-Vernetzung sind deshalb von grundlegender Bedeutung für die Verwirklichung gerechter Bildungschancen.

6. Energieversorgung nachhaltig sichern – mit Augenmaß

Eine sichere und nachhaltige Energieversorgung wird durch einen ausgewogenen Energiemix erreicht. Auch Kernkraftwerke haben darin vorerst weiter ihren Platz.

Die Begrenzung der Eignungsgebiete für Windenergieanlagen auf 1 % soll aufgehoben werden. Um dem Ausbau der Windenergie verbesserte Rahmenbedingungen zu bieten, sollen weitere Eignungsflächen ausgewiesen werden können.

Beim Ausbau regenerativer Energieträger ist darauf zu achten, dass die Anlagen und ihre Flächeninanspruchnahme nicht zu einer nachhaltigen Beeinträchtigung der Natur und des Landschaftsbildes werden.

Der sprunghafte Anstieg von Biogasanlagen und Freiflächenphotovoltaik bereitet in einigen Kreisen Probleme. Dies kann auch dazu beitragen, Pachtpreise und Eigentumswerte deutlich zu verändern und somit den ländlichen Raum in unvorteilhafter Weise zu verändern. Deshalb ist Augenmaß gefordert.

7. Bildung – Grundschulen bleiben erhalten

Voraussetzung für den Erhalt von Schulstandorten ist nicht die Orientierung am zentralörtlichen System. Die Existenz von Grundschulen darf nicht von der Einstufung im kommunalen System abhängig sein, sondern von den Schülerzahlen.

Grundschulen sind zu fördern. Gerade im ländlichen Raum kommt der Aussage „kurze Beine, kurze Wege“ erhebliche Bedeutung zu. Schüler sollen lernen und sich entwickeln können, aber weniger Zeit in Bussen verbringen.

Es muss flächendeckend der Zugang zu Schulen der Sekundarstufe I sowie zu den Gymnasien sichergestellt sein. Schulstandorte sollen kooperieren können. Zwangsweise Zusammenschlüsse werden abgelehnt.

Förderzentren können mit anderen allgemein bildenden Schulen kooperieren. Individuelles Lernen wird gefördert.

Die Einrichtung von Oberstufen an nicht gymnasialen Standorten wird unter den Voraussetzungen von Kostengesichtspunkten und bereits existierenden Oberstufen wie unter Einbeziehung der beruflichen Schulen geprüft.

8. ÖPNV – wichtig, aber nicht bevorzugen

Ein guter ÖPNV ist auch für den ländlichen Raum wichtig. Eine Bevorzugung gegenüber individuellen Beförderungsmöglichkeiten und damit auch gegenüber dem Bau von Straßen und Radwegen wird abgelehnt. Dies würde dem Wunsch und Bedürfnissen vieler Bürgerinnen und Bürger und dem ländlichen Raum nicht gerecht. Eine gute Erreichbarkeit von touristischen und tourismusgeprägten Angeboten soll gesichert werden.

**Werner Kalinka
und Fraktion**

**Gerrit Koch
und Fraktion**

Innen- und Wirtschaftspolitiker von CDU und FDP beraten Eckpunkte zum Landesentwicklungsplan



Zu einer gut dreistündigen Sitzung kamen die Innen- und Wirtschaftspolitiker der CDU- und der FDP-Landtagsfraktion unter der Leitung von Werner Kalinka im Landeshaus zusammen, um zum Landesentwicklungsplan eine gemeinsame Position zu erarbeiten. An den Beratungen nahm auch Innenminister Klaus Schlie teil.



Bericht



aus dem Land

www.werner-kalinka.de

Email- 49/2010
5. März 2010

Landtagsdebatte vom 24. Februar 2010 - Aktuelle Stunde

Arbeit, Hartz IV, Soziale Balance – was ist jetzt zu tun?

Werner Kalinka [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Pauschale Urteile sind selten richtig. Bei Hartz IV sind sie sogar falsch, und sie helfen überhaupt nicht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Stegner, wenn aber jetzt von Ihnen gesagt wird, wir hätten Schikanen bei **Hartz IV**, dann ist dies genauso entschieden zurückzuweisen. Wir haben keine Schikanen, sondern wir haben ein **Hilfesystem**, das die Anforderung stellt, dass derjenige, der vom Staat Geld kriegt, dafür auch etwas zu leisten hat, wenn er es kann. Dieser Grundsatz ist richtig.

(Beifall bei CDU und FDP)

Bei dem Thema unserer Debatte kommt es auf sechs Punkte an. Ich meine, dass wir uns auf sie konzentrieren sollten. Erstens. Wir brauchen **schnelle Lösungen** für die Menschen, und zwar bis Mitte des Jahres und nicht erst im nächsten Jahr. Wir brauchen auch eine verfassungsfeste Lösung. Eigentlich ist es jetzt doch am Wichtigsten, dass sich vor allen Dingen in Berlin, aber auch bei uns, alle Köpfe zusammentun und überlegen, wie das zu erreichen ist. Wenn die Betroffenen das wüssten, dann wäre diese Debatte für sie ein Gewinn gewesen.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Wir brauchen einen **Blick auf die Betroffenen**, den die Betroffenen auch sehen. Im Hartz-IV-Kreislauf haben wir sieben Millionen Menschen. Gut 20 % unserer Bürger leben in Armut oder sind akut gefährdet. Bei Hartz IV haben wir übrigens auch Mitarbeiter, denen es mit Zeitverträgen und Ähnlichem nicht besonders gut geht. Deshalb ist es wichtig, dass von einer solchen Landtagsdebatte das Signal ausgeht, dass die Sorge der betroffenen Menschen uns das Wichtigste ist. Das ist ein Signal, das wir von einer solchen Debatte aus, wie wir sie heute führen, geben müssen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir als CDU-Fraktion nehmen es sehr ernst, dass unter diesen Menschen sehr viel Angst herrscht. Sie erwarten von uns Lösungen dahin gehend, wie sie aus ihrer Perspektivlosigkeit herauskommen können.

Drittens. Wir brauchen Hilfen, die pass- und zielgenau sind. Herr Kollege Stegner, bei allem Verständnis, Ihr Wunsch-Dir-Was-Katalog erfüllt diese Anforderungen bei Weitem nicht. Wir können doch nicht so tun, als lebten wir in einer Zeit, in der wir keine großen finanziellen Sorgen und

Probleme hätten. Wir leben nicht mehr in einer Zeit, in der der Staat nur ausgeben kann. Wir leben in einer Zeit, in der die Konflikte größer werden und uns Geld fehlt. Die beste Sozialpolitik zeigt sich in der Antwort auf die Frage, wer in dieser Situation **pass- und zielgenaue Hilfen** anzubieten hat. Hierbei kommt es auf zwei Dinge an: Es kommt erstens auf die Kinder und zweitens auf die Härtesituationen an. Die politische Debatte ist dann die Frage: Wollen wir dort mehr Geld geben, oder wollen wir zum Beispiel Hilfen in Form von Sachleistungen oder Gutscheinen geben? - Diese Debatte muss politisch geführt werden. Alles andere entspricht dem Tenor des Verfassungsgerichtsurteils nicht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Hierzu gehört auch diese Debatte: Es stimmt, dass wir mehr Anreize, eine Arbeit aufzunehmen, brauchen. Zu dieser Debatte gehört aber auch, dass sich Menschen, die heute 1.200 € verdienen, die Frage stellen: Warum sollen wir arbeiten, wenn andere das Gleiche oder noch mehr haben? - Das ist eine politische Realität in Deutschland. Wer diese leugnet, der ist draußen nicht im Film.

(Antje Jansen [DIE LINKE]: Sollen die verhungern?)

Viertens zur Situation und der **Aussage der CDU**: Die CDU Schleswig-Holstein hat 2007 einen Beschluss gefasst, und zwar als auf Antrag der CDU, auf meinen Antrag hin, er lautet: Derjenige, der voll arbeitet, der soll davon seine Familie und sich ernähren können. Mir ist wichtig, dass diese Aussage auch für die CDU hier getroffen wird. Wir stimmen in dieser Aussage überein, da gibt es gar keine Differenz. Die Frage ist nur, wie wir die Finanzierbarkeit hinbekommen. Das ist der Zielkonflikt, über den wir zu diskutieren haben.

Fünftens: Wir haben in diesem Jahr in Berlin fast die gesamte **Sozialpolitik** neu zu regeln. Ich muss an meine Freunde von der FDP-Fraktion ein nett gemeintes Wort richten: Die FDP hat 2005 das Bürgergeld beschlossen. Jetzt wäre die Stunde, um konkrete Vorschläge dahin gehend zu machen, wie dies im Sozialsystem geregelt werden soll. Jetzt wäre die Stunde dazu, daran ist nicht vorbeizudiskutieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Jetzt ist für uns alle - auch für Sie - die Stunde, um zu sagen, wie Sie dies passgenau haben wollen. Vorschläge sind willkommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Sechstens: Herr Kollege Habeck, Sie haben gesagt, das **System** sei falsch. Ich habe Ihnen genau zugehört.

(Beifall bei der LINKEN)

Hier unterscheiden wir uns ganz entschieden. Das System ist richtig, es ist nicht falsch. Das System des Förderns und Forderns war und bleibt richtig. Es kommt jetzt nur darauf an, wie es konkret definiert und in Wirksamkeit gebracht wird. Das ist der politische Punkt, auf den es ankommt. Abschließend sage ich:

Der Staat ist nicht dazu da, den Leuten mit großen Mitteln zu helfen, die auf Dauer sagen: Gebt mir doch das Geld vom Staat, ich mache mir einen schönen Lenz.

Der Staat ist dazu da, den Menschen zu helfen, die wirklich in Not sind. Das ist der Maßstab sozialen Denkens und von Sozialpolitik. Wenn wir uns auf diesen Maßstab gemeinsam einigen, bleiben wir nicht in einer Nebeldebatte stehen, sondern kommen zu konkreten Entscheidungen. Das ist die Botschaft, die die Menschen aus dieser Debatte mitnehmen sollten.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Düsseldorfer Erklärung der Innenpolitischen Sprecher von
CDU/CSU in Bund und Ländern
Vertreter Schleswig-Holstein: Werner Kalinka**

Innere Sicherheit stärken!

1. Islamistischen Terror bekämpfen

Auch Deutschland steht im Visier weltweit vernetzter islamistischer Terroristen und Extremisten. Die bewährten polizeilichen Maßnahmen müssen angesichts dieser veränderten Situation und Bedrohungslage stetig fortentwickelt werden, um den Feinden der Demokratie und einer freien Gesellschaft angemessen zu begegnen. Nur eine wehrhafte Demokratie kann die Freiheit und Sicherheit ihrer Bürger gewährleisten.

Die Innenpolitischen Sprecher von CDU/CSU in Bund und Ländern werden sich dafür einsetzen,

- **mit Präventionsstrategien religiös motiviertem Terrorismus die Wurzeln zu entziehen,**
- Radikalisierungsprozesse frühzeitig zu durchbrechen sowie die Rückkehr aus der Szene aktiv zu unterstützen,
- **das Aufspüren und Beschlagnahmen von Verbrechen Gewinnen konsequent zu verstärken, um so die international organisierte Kriminalität und den Terrorismus zu schwächen,**
- das Ausweisungsrecht zu modifizieren, um Terrorismusverdächtige des Landes zu verweisen, gesetzlich vorzuschreiben, dass ausländische Straftäter, die zu einer Gefängnisstrafe von mindestens einem Jahr ohne Bewährung verurteilt worden sind, unmittelbar nach Verbüßung der Strafe ausgewiesen werden müssen,

- die Ermittler mit den erforderlichen rechtlichen Grundlagen auszustatten, um die Kommunikation und die Bewegungen der Terroristen mit modernsten technischen Mitteln überwachen zu können

2. Nationale Sicherheitsstrukturen an internationale Bedrohungen anpassen!

Innere und äußere Gefahren sind für den Staat heute nicht mehr zu trennen. Als Reaktion müssen alle dem Rechtsstaat zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um Gefahren von der Bevölkerung abzuwenden oder zu minimieren.

Die Innenpolitischen Sprecher von CDU/CSU in Bund und Ländern werden sich dafür einsetzen,

- Instrumente, Organe und Fähigkeiten der inneren und äußeren Sicherheit unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Vorgaben stärker miteinander zu verzahnen,
- dass klare Rechtsgrundlagen für den Einsatz der Bundeswehr im Inneren geschaffen werden, denn soweit es um den wirksamen Schutz der Bevölkerung vor terroristischen Gefahren geht, können Landes- und Bundespolizei an ihre Grenzen stoßen; die Bundeswehr muss daher in bestimmten, gesetzlich klar begrenzten Ausnahmesituationen bei der Abwehr terroristischer Gefahren tätig werden dürfen, falls der Polizei die erforderlichen Mittel für eine effektive Gefahrenabwehr fehlen,
- die Verbesserungen der personellen, organisatorischen und technischen Handlungsfähigkeit der Polizei fortzusetzen, um das bestmögliche Ergebnis im Kampf gegen Terror, Gewalt und organisierte Kriminalität zu erzielen,

• zur Sicherheitslage in Deutschland • Zur Sicherheitslage in Deutschland •

- zeitgemäße Technologiestandards flächendeckend in ganz Deutschland einzuführen,
- durch den verstärkten Einsatz von Spezialisten der zunehmenden Kriminalität im Internet oder im Zusammenhang mit IT-Technik zu begegnen,
- den Polizeidienst für Interessenten mit Zuwanderungsgeschichte gezielt weiter zu öffnen. Die sprachlichen und kulturellen Kompetenzen der Mitbürgerinnen und Mitbürger müssen genutzt werden, denn sie können den wichtigen Zugang zu problematischen Milieus verbessern.
- dass die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und ihrer Finanzquellen weiterhin im Fokus der
- Sicherheitsbehörden steht, durch die finanziellen Möglichkeiten der organisierten Kriminalität keine Strukturen entstehen, die unsere Rechtsordnung ignorieren,
- **dass die Organisierte Kriminalität bundesweit zum Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzämter werden soll.**

3. Keine Gewalt von Rechts und Links und vom Islamismus!

In Deutschland darf es keine Landstriche, keine Stadtviertel und keine Plätze geben, in denen Extremisten oder Kriminelle das Sagen haben. Extremistische Gruppierungen, Organisationen und Parteien sind daher weiter durch den Verfassungsschutz zu beobachten.

Die Innenpolitischen Sprecher von CDU/CSU in Bund und Ländern werden sich dafür einsetzen,

- gegen verfassungsfeindliche Strukturen links- und rechtsextremistischer sowie islamistischer Vereinigungen auch in Zukunft entschieden vorzugehen und von extremistischen Bestrebungen ausgehende Gefahren zu verdeutlichen,

- Präventivprojekte weiterzuentwickeln, um Jugendlichen die Augen zu öffnen und die Rekrutierung Jugendlicher durch extremistische Vereinigungen zu verhindern,
- der Verbreitung verfassungsfeindlichen Gedankenguts durch extremistische Konzerte und Tonträger entgegenzuwirken,
- nicht zuzulassen, dass Diktaturen verharmlost und ihre Opfer verhöhnt werden,
- extremistischen Zusammenschlüssen mit Nachdruck entgegenzuwirken, insbesondere dort, wo die Voraussetzungen erfüllt sind, durch Verbote.

Lübecker Nachrichten, 13. Dezember 2008

Jugendliche Intensivtäter: Es sind schon 967

VON WOLFRAM HAMMER

KIEL - Die Zahl jugendlicher Intensivtäter in Schleswig-Holstein ist mit 967 viel höher als zuletzt vom Kieler Innenministerium eingeräumt. Das geht aus einem Schreiben von SPD-Staatssekretär Ulrich Lorenz an den Innenausschuss des Landtags hervor. In der letzten Ausschuss-Sitzung hatte das Ministerium von nur 750 Tätern berichtet. Dabei waren allerdings die Zahlen der Polizeidirektionen Ratzeburg, Itzehoe und Husum glatt vergessen worden.

Bitter: Weil 281 der Täter von der Polizeidirektion Lübeck (Lübeck und Ostholstein) gemeldet worden waren, war die Hansestadt sofort in Verruf geraten. Mehr als ein Drittel aller jugendlichen Intensivtäter komme aus dem Raum Lübeck, lautete die

Schock-Nachricht, die über die Ticker lief. Jetzt ergibt sich aber folgende Verteilung: Flensburg

120, Husum 20, Itzehoe 112, Neumünster 126, Kiel 94, Lübeck 281, Bad Segeberg (Kreise Segeberg und Pinneberg) 129, Ratzeburg (Kreise Herzogtum Lauenburg und Stormarn) 85. Macht zusammen 967.

Als Intensivtäter gelten dabei Jugendliche unter 21 Jahren, die innerhalb der letzten zwölf Monate mindestens zwei Gewalttaten oder fünf Straftaten begangen haben. „Da kann man mal überschlagen, dass das etwa zehn Straftaten ausmacht, die von diesen Jugendlichen pro Tag in unserem Land begangen werden“, erläutert der CDU-Innenausschussvorsitzende Werner

Kalinka. „Das ist eine besorgniserregende Zahl.“ Im SPD-Innenministerium gehe man offenbar davon aus, dass die hohe Zahl auch dadurch zustande kommt, dass die öffentliche Diskussion die Anzeigebereitschaft erhöht habe. Solche Äußerungen beurteilt Kalinka allerdings skeptisch: „Mit Abwiegen ist da nichts mehr!“ Es werde Nachfragen der CDU im Ausschuss geben, womöglich weitere Sitzungen zu dem Thema, kündigt Kalinka an. In die Schlagzeilen gerieten jugendliche Intensivtäter zuletzt wieder durch brutale Überfälle auf einen Busfahrer in Lübeck und eine Schule in Neumünster (die LN berichteten). Kalinka: „Wir müssen endlich auch die vielen Opfer solcher Gewalttaten in den Blick nehmen.“



PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Werner Kalinka und Gerrit Koch: CDU und FDP fordern Programm gegen Jugendkriminalität

Mit einem gemeinsamen Antrag (Drs. 17/389) fordern die Fraktionen von CDU und FDP im Schleswig-Holsteinischen Landtag ein Programm gegen Jugendkriminalität. Sie sprechen sich für die Schaffung einer Jugend-Task-Force zur Zusammenarbeit zwischen Sozialarbeit, Schule, Polizei und Justiz aus:

„Die Jugendkriminalität nimmt nicht ab, sie steigt. Sie wird bereits an Orten und in Stadtteilen, in denen sie besonders hervortritt, zum Teil von den Bürgern als erschreckend bis bedrohlich empfunden. Auch in Schleswig-Holstein ist diese Entwicklung erkennbar“, sagte der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Werner Kalinka. Man könne der Jugendkriminalität nur Herr werden, wenn diese als Querschnittsaufgabe wahrgenommen werde.

Dazu der innenpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Gerrit Koch: „Der bedrohliche Anstieg der Jugendkriminalität und insbesondere der zunehmenden Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen ist alarmierend. Die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Schulsozialarbeit, Schule und Polizei ist

ein sehr guter Ansatz, um dagegen vorzugehen.“

Die beiden Innenpolitiker betonten, die Zahl der jugendlichen Intensivtäter werde nach amtlichen Statistiken in Schleswig-Holstein auf rund 1000 beziffert. Als jugendlicher Intensivtäter gilt dabei, wer jünger als 21 Jahre alt ist und eine besondere kriminelle Energie oder Gewaltbereitschaft gezeigt hat, etwa weil sie oder er innerhalb eines Kalenderjahres fünf oder mehr Delikte insgesamt oder zwei oder mehr Gewaltdelikte begangen hat.

„Der Staat kann Rechtsverletzungen nicht dulden – auch die junger Menschen nicht. Er ist für den Schutz seiner Bürger zuständig und muss die geeigneten Schritte und Maßnahmen unternehmen, um die Sicherheit bestmöglich zu gewährleisten“, forderte Werner Kalinka.

Darüber hinaus sei die Vernetzung aller mit Jugendkriminalität betrauten Bereiche auch ein wichtiger Baustein der Prävention: „Die Einrichtung einer Jugend-Taskforce ist Bestandteil unserer Präventions- und Jugendschutzpläne, die wir bereits im Koalitionsvertrag miteinander vereinbart haben“, sagte Gerrit Koch abschließend.

Polizeibeamter plädiert für Handhabe unterhalb der Haft

Sogenannte Intensivtäter im Mittelpunkt der Podiumsdiskussion der CDU Schönberg

Schönberg - Das Thema Jugendkriminalität bleibt unabhängig von der mutmaßlichen Amoklauf-An drohung in der Gemein schaftsschule Probstei - Gesprächsstoff in Schön berg.

In einer Podiumsdiskussion des CDU-Ortsverbands standen am Mittwochabend insbesondere die so genannten Intensivtäter im Mittelpunkt, die im vergangenen Jahr für eine Häufung brutaler Übergriffe und beträchtlicher Sachbeschädigungen in Schönberg verantwortlich waren. Oliver Hirsch, Jugend sachebearbeiter bei der Polizei in Schönberg, erklärte, dass zurzeit noch fünf Intensivtä ter Sorgen bereiteten. Vier

weitere seien in jüngster Zeit wegen Wegzugs, Vollzugs und Einweisung in eine Jugend einrichtung nicht mehr in Er scheinung getreten. Nach An gaben seines Kollegen Dirk Hackbarth wird jemand als Intensivtäter gezählt, wenn er im Jahr fünf Straftaten oder zwei Rohheitsdelikte, dazu gehören zum Beispiel Körper verletzung und Raub, verübt.

Wie schwer es ist, solche Tä ter zur Vernunft zu bringen, machte Kai-Uwe Drews von der Kriminalpolizei in Plön anhand des Beispiels eines 15-Jährigen deutlich, dessen Ta ten zu einer Inhaftierung nicht ausreichten und bei dem alle Versuche, auf ihn einzu wirken, scheiterten. "Wir mussten ihn an der Bushalte stelle wieder entlassen", er zählte er. Vor dem Hinter

grund, dass eine geschlossene Unterbringung in Schleswig-Holstein nicht vorgesehen ist, plädierte Drews für eine Handhabe unterhalb der Haft, wodurch die Jugendli chen aufgefangen werden und wo ihnen auch etwas vermit telt wird, was sie durchs El ternhaus nicht mitbekommen haben. Jugendpfleger Thomas Ruser erklärte ergänzend, dass straffällig gewordene Ju gendliche "irgendwie auch Opfer" seien. Werner Kalinka, innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, sag te, dass er sich das Stichwort "niedrigschwellige Angebo te" notiert habe, aber nichts erreicht werden könne, "ohne Grenzen zu ziehen".

Obwohl die Diskussion aus drücklich nicht "die Jugendli chen" an sich zum Thema ha

ben sollte, wurde dennoch das Angebot für die Heranwach senden am Ort mit vielen Wortmeldungen aus dem Pu blikum auch von Vertretern aus der Sozialarbeit und der Kirche erörtert. Zur Sprache kamen die Offene Jugendar beit im Kinder- und Jugend haus und die Wiedereinrich tung des Runden Tisch Soziales, dessen Arbeitsgruppen im Mai erste Ergebnisse vorlegen will.

Ruser erklärte, es sei sein Wunsch, dass dort für Schön berg aus präventiver Sicht et was Gutes auf die Beine ge stellt wird. Ihm sei aber auch klar, dass man an die Intensiv täter nicht herankommt; Ziel müsse es jedoch weiterhin sein, zumindest deren "Dunstkreis" zu erreichen. jac



Bericht



aus dem Land

www.werner-kalinka.de



Email-15/2010
20. Jan. 2010

Die Präsenz der Polizei stärken

Für die Schaffung einer 2. Einsatzhundertschaft bei der schleswig-holsteinischen Polizei hat sich einstimmig der Landesvorstand der CDA ausgesprochen. Gewalttätige Demonstrationen, Rockerkriminalität und die Absicherung von Fußballspielen bis auf die „Dorfebene“ hätten deutlich zugenommen, so Landesvorsitzender Werner Kalinka, MdL und der stellvertretende CDA-Landesvorsitzende Holger Diehr. Solch stark herausfordernde Einsätze erforderten speziell dafür ausgebildete Polizeikräfte.

Die Belastung für die Beamten, die derzeit aus Stationen und Revieren für geschlossene Einsätze zusammengestellt werden müssten, sei gerade auch an Wochenenden sehr hoch. Viele Polizeibeamte müssten inakzeptable Veränderungen ihrer familiären Urlaubs- und Familienplanung hinnehmen. Kalinka: „Es sind meist immer die gleichen, die los müssen. Darüber herrscht bei diesen Beamten Frust und ein Gefühl der Ungerechtigkeit.“

Der Werteverlust in der Gesellschaft habe inzwischen auch zu einem erheblichen Akzeptanzverlust gegenüber der Polizei geführt. Diehr: „Immer mehr Beamte sehen sich Angriffe auf ihre Person ausgesetzt. Die Bereitschaft, Konflikte mit Gewalt zu lösen, macht vor der Polizei keinen Halt mehr. Der erheblich zunehmende Missbrauch von Alkohol und Drogen wirkt sich zudem fördernd auf den Verlust von Hemmschwellen aus.“

Die Bürgerinnen und Bürger müssen die Gewissheit haben, dass Straftaten konsequent und schnell verfolgt werden. Lange Reaktionszeiten zum Erreichen des Einsatzortes sind nicht hinnehmbar. Eine in der Fläche präsen- te und sichtbare Polizei ist zwingend erforderlich. Der CDA-Landesvorstand: „Wir fordern daher: mehr Polizeivollzugsbeamte in der Fläche und weniger in den Stäben.“

Zur Erreichung dieser Ziele hält die CDA eine Verwendung von Polizeivollzugsbeamten in rein verwaltenden Tätigkeiten wie Personalverwaltung, Haushalt/Logistik und Informationstechnik für weitgehend verzichtbar. Darüber hinaus könnten beispielsweise die Aus- und Fortbildung konzentriert, die Planstellen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit reduziert, die Geschäftsstelle Rat für Kriminalitätsverhütung ehrenamtlich besetzt und die Polizei Big Band um etwa ein Drittel reduziert werden, so dass die dort tätigen Polizeivollzugsbeamten für den operativen Dienst freigesetzt würden.

Notwendig seien bei der Polizei auch verlässliche Beförderungsperspektiven. Deshalb fordere die CDA eine Dienstpostengestaltung mit einer Basisbewertung in den Besoldungsgruppen A 7-11. Dies würde bedeuten, dass jeder Polizeibeamte die realistische Erwartung haben könne, mit A 11 in Pension gehen zu können.

Schocktherapie für sogenannte Gaffer

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!
Die November-Gaffer-Diskussion hat sich
inzwischen wiederberuhigt, wie meist bei
Diskussionen dieser Art.

*(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Von Ihrem Minister angefangen!)*

Würden wir im Landtag darüber heute nicht
sprechen, würde wohl kaum noch einer
darüber sprechen,

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

jedenfalls nicht so darüber sprechen, dass
man eine solche Debatte missbraucht, um
einen allgemeinen Rundumschlag zur
Innenpolitik zu machen. Lassen Sie uns
einfach über das Thema miteinander reden!

(Beifall bei CDU und FDP)

Am Anfang ist die Aufregung groß, danach
verschwindet das Thema schnell wieder aus
dem Blickfeld bis zum nächsten Mal. Insofern
ist es gut, dass der Innenminister zu einer
tieferen Diskussion hierzu aufgerufen hat.

(Zurufe)

Eigentlich ist es auch nicht verwunderlich, dass
dieses Thema etwas schwieriger ist. Mit Strafen
oder Androhungen ist wohl kaum etwas zu
erreichen. Es ist auch zu wenig justiziabel: Wer
ist wann und wo ein **Gaffer**, in welchem
Abstand, wie muss man dies bezeichnen?

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt kaum **Ermittlungskapazitäten**, um
dies festzustellen. Gaffer ist nicht von
vornherein gleichzusetzen mit
unterlassener Hilfeleistung.

*(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Wissen Sie, warum wir diesen Antrag gestellt
haben?-Weitere Zurufe)*

Dies ist ein festgeschriebener
Straftatbestand. Wer Hilfe unterlässt oder
behindert, ist schon jetzt belangbar.

Tut dies ein Gaffer, kann er im Einzelfall
natürlich auch belangt werden.

*(Anhaltende Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)*

Unter Gaffer-Diskussion wird gemeinhin ein
Gruppenverhalten verstanden, Menschen, die
entweder bei einem Unglück zuschauen oder
den Eindruck erwecken. Sie deswegen zu
belangen, wird die Polizei nicht leisten können.
Sie hat am Unfallort genug zu tun. Das ist
unstrittig.

*(Beifall und Lachen bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN- Minister Klaus Schlie: Lesen Sie
den Bericht noch einmal nach!)*

In dem Fall, der Anlass für die damalige
öffentliche und heutige parlamentarische
Diskussion ist, nämlich ein tragischer **Unfall**
auf der **A 1** bei Reinfeld, hätte man Gaffer
wegen unterlassener Hilfeleistung vermutlich
belangen können. Ich weiß nicht, ob dies
geschehen ist. Gaffen ist ein
gesellschaftspolitisches Problem. Es gehört
in die Rubrik „Wegschaugesellschaft“, nichts
hören, nichts sehen. Das Abwenden von
persönlicher Verantwortung ist Ausdruck eines
allgemeinen

Werteverlustes in unserer Gesellschaft. Es
bleibt eigentlich nur, a) in Medien, Schulen,
Vereinen, Verbänden - ich kann hier
wiederholen, was alle gesagt haben - und allen
anderen geeigneten Orten die Verantwortung
jedes Einzelnen deutlich zu machen und ihn
persönlich anzusprechen und b) an die Bürger
und Teilnehmer am Straßenverkehr zu
appellieren, in sich zu gehen.

Wer sich dabei auch Unfallfotos anschauen
will, sofern ihm dadurch Einsicht vermittelt
werden kann, mag dies tun, wenn die
Persönlichkeitsrechte der abgebildeten Opfer
gewahrt sind. Staatlich verordnen dürfen
wir dies aber nicht. Ich bin sicher, dass wir uns
darin in diesem Haus einig sind.

*(Beifall bei CDU und FDP - Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war der
Vorschlag Ihres Ministers!)*



Bericht



aus dem Land

www.werner-kalinka.de



Email- 10/2010
14. Jan. 2010

CDU-Innenpolitiker zu ausführlichem Gedankenaustausch beim Landespolizeiamt



Zu einem knapp 3-stündigen Gedankenaustausch kamen die Führung des Landespolizeiamts unter der Leitung von Landespolizeidirektor Burkhard Hamm und der Fraktionsarbeitskreis Innen und Recht der CDU-Landtagsfraktion in Kiel im Polizeizentrum zusammen. Im Mittelpunkt standen alle relevanten Fragen zur Polizei, u. a. die Ausstattung, eine mögliche zweite Einsatzhundertschaft, Gewalt gegen Polizeibeamte, IT-Probleme und die Aus- und Fortbildung/Beförderungsperspektiven. Selbstverständlich wurde auch das Thema "Winterreifen" und die Möglichkeiten einer schnellen Umsetzung angesprochen. Der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Werner Kalinka: „Ein sehr sachliches, offenes und an den tatsächlichen Erfordernissen der Polizeiarbeit orientiertes Gespräch“. Neben Werner Kalinka nahmen die Abgeordneten Dr. Axel Bernstein, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion, Astrid Damerow und Petra Nicolaisen an dem Gespräch teil.

„Land braucht zweite Hundertschaft“

Demos, Bundeseinsätze, Fußballspiele: Die Einsatzhundertschaft des Landes ist überlastet. Jetzt fordert die CDU eine zweite Truppe.

Kiel/sh:z – An das letzte freie Wochenende können sich manche Polizisten in Schleswig-Holstein kaum noch erinnern. Mal müssen sie Demonstrationen der NPD absichern, mal Skinheads oder Autonome in die Schranken weisen oder gewaltbereite Fußballfans von Regionalligisten in Schach halten. Immer häufiger werden sie aus ihren Stationen abgezogen, weil die 220 Mann starke Einsatzhundertschaft der Landespolizei in Eutin Verstär-

kung braucht oder an einem anderen Ort im Einsatz ist. Allein am ersten Oktoberwochenende mussten die Eutiner die Feier zum Tag der Deutschen Einheit in Hamburg absichern und anschließend beim zehnjährigen Jubiläum des umstrittenen „Club 88“ in Neumünster für Ruhe sorgen.

Deshalb macht sich der Plöner CDU-Landtagsabgeordnete Werner Kalinka jetzt für den Aufbau einer zweiten Einsatzhundertschaft bei der Polizei in Schleswig-Holstein stark. „Die Zahl der geschlossenen Einsätze steigt enorm und erfordert spezielle, dafür ausgebildete Polizeikräfte“, so sein Argument. Auch Innenminister Lothar Hay (SPD) hat das Problem erkannt und würde sich dem

Vorschlag Kalinkas lieber heute als morgen anschließen. Doch Hay weiß: Geld für zusätzliche Beamte kann er beim Finanzminister nicht locker machen. „Die hohe Verschuldung des Landes lässt es nicht zu, den Personalbestand der Polizei derzeit zu erhöhen“, so der Minister.

Ähnlich beurteilt die Gewerkschaft der Polizei die Lage. „Das würde bedeuten, dass wir im eigenen Fleisch schneiden“, beschreibt Karl-Hermann Rehr das Dilemma. Eine zweite Hundertschaft könne nur zu Lasten der Präsenz der Polizei vor Ort entstehen. „Da stopfen wir ein Loch und reißen ein neues.“ Deswegen habe die GDP diesen Weg bisher immer abgelehnt. „Doch jetzt sind wir

am Umdenken; die Belastung ist besonders durch die länderübergreifenden Einsätze für die Beamten kaum mehr zu ertragen“, so Rehr.

Die Zahl dieser Einsätze hat sich bundesweit seit 2004 mehr als verdreifacht. Allein 2007 wurden die Eutiner 37 Mal von anderen Bundesländern angefordert. Häufig mussten sie durch Ersatzhundertschaften verstärkt werden – also von Stationspolizisten aus Schleswig-Holstein, die mitunter tagelang in ihren Dienststellen fehlen. Dramatisch zugenommen habe auch der Einsatz bei Fußballspielen, bei denen wegen steigender Brutalität in den Stadien eine Hundertschaft meist nicht ausreiche. **MARGRET KIOSZ**

Kieler Nachrichten vom 16.01.2010, Seite 29 Ostholstein

„Bittere Realität auch offen aussprechen“

Werner Kalinka (CDU) fordert dazu auf, nicht wegzuschauen

Schönberg – Werner Kalinka, Landtagsabgeordneter und innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion bezeichnet in einer Pressemitteilung die Bewertungen der Schönberger Polizei zur erschreckenden Zunahme der Jugendkriminalität als zutreffend. Es sei unabdingbar, dass die bitteren Realitäten offen und schonungslos angesprochen

würden. Werner Kalinka: „Wegschauen, Schweigen und Verdrängen löst keine Probleme.“ Kalinka spricht sich für eine gezielte Prävention aus. „Die Zusammenarbeit zwischen Schulsozialarbeit, Schule und Polizei muss verstärkt werden. Eine gemeinsame Jugend-Taskforce soll dazu in Schleswig-Holstein und entsprechend vor Ort eingerichtet werden. Sie soll präventiv arbeiten, hinschauen, aber auch eingreifen. Es muss ganz klar sein, dass der Staat Rechtsverletzungen nicht duldet.“ **asc**

Ostholsteiner Anzeiger vom 08.01.2010, Seite 4

Kalinka gegen Auflösung des Polizeibezirksreviers Plön

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion und Plöner CDU-Landtagsabgeordnete Werner Kalinka hat sich gegen die Auflösung des Polizeibezirksreviers in Plön ausgesprochen. Wie der OHA berichtete, hatte der Leitende Polizeidirektor Werner Tank (Kiel) jetzt beim Landespolizeiamt einen entsprechenden Antrag eingereicht. So wird heute Landespolizeidirektor Burkhard Hamm, der dem Innenminister eine Empfehlung aus taktischer Sicht abgeben soll, heute zum Gespräch in Plön erwartet.

Das hatte der CDU-Landespolitiker Werner Kalinka bereits bei einem Besuch des Polizeibezirksreviers in Plön geführt. Er sieht im geplanten Abzug der Beamten aus Plön „eine klare Schwächung der Region“. Kalinka: „Das ist für die Menschen und die betroffenen Polizeibeamten nicht akzeptabel.“ Die Beamten hätten eine gute und wertvolle Arbeit geleistet an die es gelte anzuknüpfen. Die von Polizeidirektor Werner Tank geplante Salamtaktik sei nicht nachvollziehbar. Die Entscheidung über die Schließung des Polizeibezirksreviers in Plön liegt bei Innenminister Klaus Schlie (CDU).

mik

Lübecker Nachrichten vom 22.01.2010 , Seite 5

„Schluss mit den Jubelparteitagen“

Auf einer Klausur in Schleswig will die Nord-CDU heute ihre Wahlschlappe aufarbeiten. Der Landtagsabgeordnete und CDA-Chef Werner Kalinka geht bereits hart mit der Carstensen-Partei ins Gericht.

LN: 31,5 Prozent für die CDU bei der Landtagswahl. Sie nennen das ein „Alarmsignal“.

Werner Kalinka: Ja, das berührt den Kern einer Volkspartei. Darüber muss dringend gesprochen werden.

LN: Heute will die CDU-Landesspitze deshalb zu einer Klausur zusammenkommen . . .

Kalinka: Nur deshalb hatte die CDA Ende Oktober auf eine Debatte über das Wahlergebnis verzichtet. Jetzt stellen wir fest: Eine Arbeitsgruppe des Landesvorstandes hat wenig getagt, Vorlagen mit konkreten Vorschlägen und Folgerungen für die Klausur sind mir nicht bekannt. Das sagt einiges aus.

LN: Was werden Sie fordern?
Kalinka: Wir brauchen mehr Diskussionen und weniger Jubelparteitage. Man muss eine Partei in der Breite und Tiefe mitnehmen, wenn man schwungvoll regieren will. Sonst sind immer weniger Mitglieder immer weniger bereit,

mitzumachen. Eine Partei, die nicht mehr ausreichend diskutiert, erreicht auch die Bürger nicht mehr. Und dann erfährt sie auch nicht, was für eine Politik die Bürger eigentlich wollen.

LN: Und verliert Wahlen.

Kalinka: Genau. Die CDU ist für den Bürger ja zum Teil vor Ort nicht mehr wahrnehmbar, jedenfalls nicht mit dem Anspruch,

den eine Volkspartei an sich zu stellen hat. Das gilt in Stadtteilen von Kiel, Lübeck und Flensburg, aber auch in Teilen des ländlichen Raumes. Wir dürfen uns da nichts vormachen: Augen zu und durch hilft nicht mehr weiter. Die CDU muss wieder eine diskutierende, um gemeinsame Positionen ringende und dann handelnde Partei sein.

LN: Worüber müsste die CDU diskutieren?

Kalinka: Die Finanzpolitik muss konkreter werden. Wir müssen wissen, wo und bei welchen Programmen oder Strukturen Veränderungen eintreten sollen. Damit

kann man nicht bis zur Steuer-schätzung im Mai warten. Das Soziale muss deutlicher erkennbar werden. Armut ist inzwischen ein breites Problem in unserer Gesellschaft. Das Miteinander und Für-

einander muss in der Gesellschaft wieder einen höheren Stellenwert haben. Dazu zählen auch Probleme, die unsere ausländischen Mitbürger und ihre Kinder haben. In der Bildungspolitik warten Eltern und Lehrer darauf, klar erkennen zu können, wohin der Weg gehen soll. Die Polizei muss präsenter werden.

LN: Wie wollen sie diese Diskussionen hinbekommen?

Kalinka: Indem alle Strömungen wieder in die Partei eingebunden werden, auch bei der Vergabe von Aufgaben und Ämtern. Dann kommen Themen und Inhalte weitgehend von selbst. Das führt auch dazu, dass wieder mehr über Werte gesprochen und danach gehandelt wird. Das vermischen mehr Mitglieder und Wähler, als mancher in der Führung wahrnimmt. *Interview: W. Hammer*

Quo vadis, CDU Schleswig-Holstein?

Klausurtagung Januar 2010 in Schleswig

Der CDA-Landesvorsitzende und Landtagsabgeordnete **Werner Kalinka** auf der **Klausurtagung der CDU Schleswig-Holstein** am 22. Januar 2010 in Schleswig:

31,5 Prozent für die CDU bei der Landtagswahl am 27. September 2009, dies ist mehr als ein **Alarmsignal**. Das Ergebnis berührt den Kern einer Volkspartei. Die gründliche, offene, faire und wirklich zuhörungs- und veränderungsbereite Erörterung der Ursachen der Ergebnisse ist eine wesentliche Voraussetzung für die Motivation in der Partei und für Erfolge bei künftigen Wahlen und Abstimmungen.

Heute soll dies erfolgen. Nur deshalb war die CDA bereit, den von ihr zum Landesparteitag Ende Oktober 2009 eingebrachten Antrag zurückzustellen. Heute kommen nach der von der Parteiführung festgelegten Tagesordnung erst einmal vier Berichte, bevor die Diskussion beginnen soll. Es gab einmal die **Pahlener Beschlüsse**. Lang, lang ist's her.

Der Landtagswahlkampf 2009 war von einer überzogenen Personalisierung und von Programmaussagen gekennzeichnet, die noch nicht einmal von einem Landesparteitag beschlossen, geschweige denn intensiv mit den Mitgliedern diskutiert worden waren. Zeit dazu wäre gewesen.

Tatsächlich war es so, dass schon die Zusammensetzung der **Programmkommission** und die Verteilung wesentlicher Aufgabenbereiche eine **Vorfestlegung darauf war, wer später was werden sollte**. Aus den Vorlagen entstand das, was in Ahrensburg – natürlich ohne Debatte – im August 2009 verabschiedet und nach der Wahl Grundlage von Regierungserklärung und Koalitionsvertrag wurde. Innerparteiliche Diskussion stelle ich mir anders vor. Jedem muss klar sein: Man muss eine Partei in der Breite und Tiefe mitnehmen, wenn man schwungvoll regieren und eine Politik des inhaltlichen Aufbruchs verwirklichen will.

Die Mitgliederzahlen sind seit langem rückläufig, die Bereitschaft zum Mitmachen ist bei vielen nicht mehr so stark wie früher. Für den Bürger ist die CDU zum Teil vor Ort nicht mehr ausreichend wahrnehmbar. Dies gilt in Stadtteilen von Kiel, Lübeck und Flensburg, aber auch in Teilen des ländlichen Raumes. Wir dürfen uns da nichts vormachen: Augen zu und durch hilft nicht mehr weiter. Die CDU ist zum Teil nicht mehr präsent, jedenfalls nicht mit dem Anspruch, den eine Volkspartei an sich zu stellen hat. Der Kontakt zu den Bürgern muss wieder stärker werden. Sie müssen die Gewissheit haben, dass auch sie mit ihren Meinungen auf- und mitgenommen werden.

Die SPD hat ihr Wahlergebnis seit 1992 mehr als halbiert. Sie kämpft darum, überhaupt noch als Volkspartei angesehen zu werden. **Die CDU Schleswig-Holstein hatte 1971 ein Ergebnis von 51,8 Prozent, 2009 waren es 31,5**. Ein noch schlechteres Ergebnis als in der düsteren Zeit nach 1987. Das Ausmaß des Sinkens der Akzeptanz beider Volksparteien ist an diesen Zahlen ablesbar.

Die Grünen konnten sich vor allem entwickeln, weil die CDU ihre eigentlich ureigensten (konservativen) Themen, nämlich Erhalt und Schutz von Umwelt und Natur wie die Sicherung der Freiheitsrechte der Bürger schlicht in Darstellung und Präsentation verpennt hatte. **Die Parteienlandschaft ist im Umbruch**. Geht die Entwicklung in den nächsten 20 Jahren so weiter wie in den vergangenen zwei Jahrzehnten, gibt es keine Volksparteien mehr. Die Zahl der Wechselwähler steigt immer mehr – 2009 war es bereits ein Drittel.

Das Verdrängen der politischen Streitkultur ist natürlich nicht nur bei der CDU ein Problem. Das ist für jede Partei eine Gefahr. Eine Partei, die nicht mehr ausreichend diskutiert, erreicht die Bürger nicht mehr. Und dann erfährt sie auch nicht mehr, was für eine Politik die Bürger eigentlich wollen. Die CDU muss eine

diskutierende, um gemeinsame Positionen ringende und dann handelnde Partei sein. **Wir brauchen mehr Diskussionen und weniger Jubelparteitage und weniger Jubelveranstaltungen.**

Die schwarz-gelben Koalitionen in Berlin und Kiel haben sich selbst Namen und Auftrag „Koalition des Aufbruchs“ gegeben. In Berlin spricht man bereits von Neustart. In Kiel läuft einiges „nicht rund“. Ein Ortsvorsitzender sagte jüngst: Es hakt und holpert.

Minister in Kiel geben Erklärungen ab oder legen Gesetzentwürfe vor, von denen kaum jemand etwas gewusst hat. Andere Informationen erfährt man aus der Presse.

Die Finanzpolitik muss konkreter werden. Wir müssen wissen, wo und bei welchen Programmen bzw. Strukturen Veränderungen eintreten sollen. Der Handlungsdruck ist doch nicht von einer Steuerschätzung im Mai abhängig. Und ich halte es nicht für förderlich, wenn dreimal die Woche neue Schlagzeilen dazu gemacht werden, was geändert werden könnte. Und es sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, dass erst die Abgeordneten und die Partei erfahren, wo welche Veränderungen möglich sein könnten. Wir brauchen einen Gesamtentwurf – und keine täglichen Schlagzeilen, die nur verunsichern.

Ein Gesamtentwurf, der erst einmal die Ziele definiert und dann die daraus abzuleitenden Maßnahmen. Das Wort Wachstum reicht dafür nicht.

Das **Soziale** muss deutlich erkennbar werden. Die CDA hat dazu seit 2004 viele Vorschläge unterbreitet. Das Programm „Die soziale Balance wahren“ steht für ein umfassendes gesellschaftspolitisches Handlungskonzept. Der Landesausschuss der CDU hat das CDA-Papier 2004 beschlossen. **Aber: Welches Gewicht haben die Themen in der Darstellung der CDU und in der Wahrnehmung der Menschen als „CDU-Themen“?**

Armut ist inzwischen ein breites Problem in unserer Gesellschaft. Etwa ein Fünftel der Bürger ist davon betroffen, Wohlstand für alle, davon sind wir weit entfernt. Eine Spaltung der Gesellschaft hätte unübersehbare Folgen. Soziale Leistungen gehören überprüft, wie auch Förderprogramme und Subventionen.

Wer einfordert, soziale Leistungen auf den Prüfstand zu stellen, darf allerdings nicht gleichzeitig dazu schweigen, welche Verantwortung und Konsequenzen jene Manager und andere Verantwortlichen zu tragen haben, die versagt haben oder sich gar weitergehenden Vorwürfen stellen müssen. Auch das Thema HSH Nordbank steht 2010 auf der Tagessordnung. Und ein weiterer Punkt: 500 000 Euro sind für ein Vorstandsmitglied (mehr als) genug. Wo sind wir eigentlich angekommen, wenn dies noch zu wenig ist?

Das Miteinander, das Füreinander muss wieder einen höheren Stellenwert haben. Dazu zählen auch Probleme, die unsere ausländischen Mitbürger und ihre Kinder haben.

Das Ehrenamt muss gestärkt, nicht geschwächt werden. Wohlklingende Worte reichen nicht. Dies gilt gerade auch für den steuerlichen Bereich. Mit den jetzigen Regelungen und Auslegungen wird nicht motiviert, sondern demotiviert.

In der Bildungspolitik warten Eltern und Lehrer darauf, endlich klar zu erkennen zu können, wohin der Weg gehen soll, auch im Detail.

Die **Polizei** muss draußen präsenter auftreten können, dazu bedarf es Entscheidungen. Ich nenne nur Stichworte: Ausstattung, 2. Hundertschaft, Beförderungsperspektiven. Die CDA hat übrigens zu diesem Gesamtthema auch Einsparpotentiale benannt.

Die Sorgen Inhabergeführter Betriebe sind zum Teil anders als die von Konzernen. Daraus müssen Folgerungen gezogen werden für die Leistungsträger in diesem Lande.

Steuersystem und Einzelvorschriften sind sogar für Experten kaum noch durchschaubar. Kommen aus Schleswig-Holstein Vorschläge und Bundesratsinitiativen? Wahrnehmbar nicht. **Friedrich Merz hatte doch recht.** Wenige Steuersätze, wenige Abschreibungsmöglichkeiten, dafür niedrige Steuersätze, Vorschriften drastisch entrümpeln.

Die CDU Schleswig-Holstein hat Handlungsbedarf. Ich nenne:

- Alle Strömungen müssen wieder eingebunden werden, auch bei der Vergabe von Aufgaben und Ämtern. Die CDU muss sich **breit aufstellen**.
- Sie muss wieder mehr über **Werte** sprechen und danach handeln. Dies vermischen mehr Menschen, als mancher in der Führung derzeit wahrnimmt.
- Wesentliche Entscheidungen und Weichenstellungen dürfen **nicht vorab in einem „Inner-Kreis“** fallen.
- Die Arbeit der Partei darf nicht allein darin bestehen, eine zuarbeitende Funktion zur Regierung zu haben. Insbesondere der **Landesvorstand** muss in seiner Gesamtheit Führungsverantwortung tragen.
- **Weniger Personalisierung, mehr Arbeit in der Sache.**
- Die **ehrenamtliche Arbeit** muss, gerade auch in der Kommunalpolitik, gestärkt werden, sonst gewinnen Wählergemeinschaften weiter an Gewicht.
- **Inmitten der Gesellschaft stehen**, mit den Menschen sprechen und sich den Problemen stellen, auch wenn dies häufig „kein Honigschlecken“ ist.
- **Parteien dürfen auch Interessen vertreten, aber kein Lobby-Club sein.** Hier sollte die CDU Maßstäbe setzen.
- Das **politische Profil** muss geschärft werden. Die CDU muss deutlich sagen, wofür sie steht. Vorschläge dazu sind gemacht worden.

In diesem Jahr bin ich 40 Jahre in der CDU. Mit 17 Jahren, als ich eintrat, war ich am Gymnasium Kiel-Wellingdorf mit gut 1000 Schülern Schulsprecher. Der einzige damals im Land, der auch in der Jungen Union war. Noch nie in diesen 40 Jahren war es so wichtig, dass die CDU andere und zum Teil neue Wege geht.

Sie ist als Volkspartei gefordert.



Bericht



aus dem Land

www.werner-kalinka.de



Email- 2/2010
8. Jan. 2010

Kritische Stimmen seitens der CDU-Basis

Schnee und Eis hatten die Landschaft um die Hohwachter Bucht und den Sehlendorfer Strand in eine zauberhafte Landschaft verwandelt, als die CDU Blekendorf zum traditionellen Neujahrsempfang ins „Packhus“ einlud. CDU-Ortsvorsitzender Wolfgang Stucht konnte eine große Zahl von Gästen begrüßen, darunter die CDU-Ortsverbände aus Behrendorf und Hohwacht, die Bürgermeister Andreas Köpke und Heiner Sachau, den Kreistagsabgeordneten Stefan Leyk und den Landtagsabgeordneten Werner Kalinka.

„Es hakt und holpert noch in Bund und Land“, so Wolfgang Stucht in seiner Begrüßung. Nicht alle Erwartungen an die schwarz-gelben Koalitionen hätten sich bislang erfüllt. Kritische Worte fand er zur Kreispolitik, zum Beispiel zu den Themen notärztliche Versorgung in der Lütjenburger Region und zur Blumenburg. Besonders würdigte er Werner Kalinka, der ein langjähriger Freund der Ortsverbände sei, sich immer stark für die örtlichen Belange engagiere und dem es erstmals seit 26 Jahren gelungen sei, den Wahlkreis Plön-Nord wieder direkt zu gewinnen.

Blekendorfs Bürgermeister Andreas Köpke hob die schwierige finanzielle Situation der Kommunen hervor: „Das drückt die Kommunen“. Besonders wichtig sei für die dortige Region eine bessere DSL-Anbindung. Stefan Leyk, seit 1998 in der dortigen Region direkt gewählter Kreistagsabgeordneter, verwies auf die Anstrengungen gerade auch in 2009, mehr für den Tourismus und die wirtschaftliche Entwicklung zu tun. Auch er äußerte sich kritisch zu Teilen der Kreispolitik. So enge das Kreisbauamt häufig zu sehr ein. Auch hätte der Radweg zwischen Behrendorf und Hohwacht früher verwirklicht werden können.

Werner Kalinka dankte für die großartige Unterstützung, die er nicht nur 2009 sondern auch in der Zeit zuvor seitens der Ortsverbände bekommen habe: „Nur dadurch war es möglich, dass wir gemeinsam gewonnen haben. Im Sinne dieses Auftrages werde ich meine Arbeit machen. Dazu zählt vor allem, die Themen anzusprechen, um die es den Menschen geht. Wir müssen Politik für alle Menschen und Einkommensschichten machen. Ausgrenzung darf es nicht geben. Wenn dies zu Konflikten führt, müssen diese ausdiskutiert und ausgetragen werden. Abgeordnete werden nicht gewählt, nur um alles abzunicken. Das Vertreten einer gradlinigen politischen Linie und Glaubwürdigkeit sind entscheidend.“



Bericht



aus dem Land

www.werner-kalinka.de



Email-9/2010
13. Jan. 2010

Quo vadis, CDU?

Sich an die Werte der sozialen Marktwirtschaft erinnern

Die „Düsseldorfer Leitsätze“ vom Juli 1949 sind der erste in sich geschlossene wirtschaftliche Ordnungsentwurf in der Programmgeschichte der CDU. Das Programm der *Sozialen Marktwirtschaft* ist Ausfluss der christlich-demokratischen Idee, die keine ideologische, sondern eine normative Theorie darstellt. Sie unterscheidet sich deutlich von der Programmatik des Sozialismus und des Liberalismus, die beide das Eigeninteresse bestimmter sozialer Gruppen vertreten und sich bemühen, es ideologisch zu rechtfertigen. Die christliche Demokratie und die Soziale Marktwirtschaft dagegen machen nicht die tatsächlichen Eigeninteressen, sondern normative Werte zum Maßstab politischen Handelns.

Das Schlüsselwort der „Düsseldorfer Leitsätze“ war die *Soziale Marktwirtschaft*. Die wichtigsten zentralen Begriffe für eine künftige Wirtschaftsverfassung lauteten:

- Förderung des privaten Eigentums,
- fairer und freier Leistungswettbewerb,
- marktgerechte Preise,
- Ablehnung der Planwirtschaft,
- unabhängige Monopolkontrolle,
- zentrale Aufsicht über das Geldwesen zum Schutz der Währung,
- Gewerbe- und Niederlassungsfreiheit,
- Senkung des überhöhten Einkommenssteuertarifs,
- soziale Sicherheit für die wirtschaftlich Schwachen,
- Lohnfindung durch Tarifverträge.

Die Alternative „Soziale Marktwirtschaft oder Planwirtschaft“ bestimmte maßgeblich die Auseinandersetzung vor der ersten Bundestagswahl am 14. August 1949. Ludwig Erhard zog zwei Jahrzehnte später im Rückblick das Resümee: „In jenem ersten Wahlkampf waren Soziale Marktwirtschaft und CDU zu einer Identität geworden.“

Der CDU als letzter verbliebener Volkspartei stände es gut zu Gesicht, sich ihrer Wurzeln und Grundsätze zu erinnern. Nur so wird ihr der politische Erfolg weiter gewiss sein.

Tade Peetz



Bericht



aus dem Land

www.werner-kalinka.de

Email- 3/2010
8. Jan. 2010

Sich an Friedrich Merz erinnern, wäre das Klügste in der Steuer-Debatte

Die FDP will sie, die CSU will sie (im Bundestagswahlkampf noch etwas lauter) und eigentlich und im Grundsatz doch wohl auch die CDU: Steuersenkungen.

Stehen in den Medien beachtete Treffen an wie in Wildbad Kreuth oder beim Drei-Königs-Treffen in Stuttgart, werden die Töne wieder einmal lauter. Nur: Lösungen fehlen.

Die beschlossenen Schuldenbremsen zeigen Grenzen auf, die Folgen aus der Wirtschaftskrise werden in 2010 wohl auch den Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme stärker erfassen.

Ein Einkommen von rd. 55.000 Euro im Jahr führt heute bereits in höchste Steuersätze. Das Gefühl für Gerechtigkeit steigert dies nicht.

10 Millionen Einsprüche sollen Ende 2009 bei den Finanzämtern in Deutschland anhängig sein. Weil Gerichtsverfahren laufen, aber auch, weil Bürger mit den Bescheiden schlicht nicht einverstanden sind.

10 Millionen Einsprüche - dies sagt viel aus über die (Un)-Zufriedenheit der (zahlenden) Bürger.

Die steuerlichen Vorschriften sind heute so kompliziert, dass sie eigentlich nur noch von Spezialisten voll überschaut werden. Ein Unding. Dem Steuerrecht fehlt die Transparenz.

Die Unzufriedenheit der (zahlenden) Bürger steigt. Für jede Last gibt es irgendwann Grenzen. Die Bürger hören von Steuersenkungen, merken aber nichts davon. Aber was sie merken: Abgaben steigen, ob bei Krankenkassen, Bescheiden oder kommunalen Gebühren. Auch 2010.

Weniger und geringere Steuersätze, dafür aber auch wenig Abschreibungsmöglichkeiten und Sondervorschriften, darüber lohnt sich zu diskutieren. Einmal richtig entbürokratisieren und Ausgaben sparen, dies würden die Bürger honorieren. Für ein durchschaubares und gerechteres Steuersystem.

Friedrich Merz forderte einst, man müsse seine Steuererklärung auf einem Bierdeckel abgeben können. Es muss ja nicht unbedingt ein Bierdeckel sein, aber eine oder zwei Seiten täten es im Regelfall auch.



Bericht



aus dem Land

www.werner-kalinka.de

Email- 27/2010
4. Febr. 2010

Ausführlicher Gedankenaustausch mit Justizminister Schmalfuß



Zu einem mehr als 2-stündigen Gedankenaustausch kamen der Fraktionsarbeitskreis "Innen und Recht" der CDU-Landtagsfraktion und der Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration des Landes Schleswig-Holstein, Emil Schmalfuß sowie dessen Staatssekretär Michael Dölp im Landeshaus zusammen. Im Mittelpunkt standen die personelle Ausstattung der Justiz, die Mediation und bislang damit gemachten Erfahrungen, der richterliche Bereitschaftsdienst, die IT-Organisation der Justiz, der Strafvollzug, der Haushalt 2011/2012 und die Reaktorsicherheit. Seitens des Fraktionsarbeitskreises nahmen **Dr. Michael von Abercron, Astrid Damerow, Markus Matthiesen, Petra Nicolaisen und Barbara Ostmeier** an dem Gespräch teil.



Bericht



aus dem Land

www.werner-kalinka.de



Email- 22/2010
28. Jan. 2010

„Die Deutschen sind sich zu wenig bewusst, welche Leistung sie 20 Jahre seit der Einheit für ihr Land vollbracht haben.“



(v.l.): Innenminister Klaus Schlie, RCDS-Landesvorsitzender Thorsten Albrecht, Vera Lengsfeld, Werner Kalinka

„20 Jahre Vereinigung ist eine Erfolgsgeschichte. Die Deutschen sind sich dessen aber zu wenig bewußt“ - dieses Resümee zog die DDR-Bürgerrechtlerin, Publizistin und langjährige CDU-Bundestagsabgeordnete **Vera Lengsfeld** auf dem von **CDA** und **RCDS** ausgerichteten Landeshausgespräch „20 Jahre Einheit - eine ehrliche Bilanz“. Vera Lengsfeld räumte schonungslos mit den Mythen und Nach-Wende-Legenden auf, die DDR sei ein Staat gewesen, der gegenüber der Bundesrepublik Deutschland wirtschafts-, sozial- und umweltpolitisch als gleichwertig anzusehen gewesen sei: „Eigentlich war die DDR seit 1983 zahlungsunfähig. Die DDR war bankrott und ein Land, von dem sich die Bürger massenhaft verabschiedet haben.“ – **„Der Staatsratsvorsitzende war zwar Dachdecker, aber die wenigsten DDR-Dächer waren dicht“, so Lengsfeld.**

Besonders kritisch beleuchtet wurde die Rolle der Systempartei SED bis zur heutigen „Linken“. In der DDR habe es 44.000 hauptamtliche Parteifunktionäre gegeben. Was Volkseigentum gewesen sei, habe die SED als ihr Eigentum angesehen. Um rund 24 Milliarden DM ungeklärtes Vermögen sei es später gegangen. GmbHs seien mit Hilfe zinsloser Darlehen unterstützt worden. Aus der SED entstand die PDS. Der „letzte SED-Vorsitzende“, so Vera Lengsfeld, sei Gregor Gysi gewesen.

Eine hoch interessante, informative, mehr als 2-stündige Veranstaltung im voll besetzten Saal der CDU-Landtagsfraktion, trotz Schnee und Eisglätte. Es war die erste Veranstaltung, die in diesem Jahr zum Thema „20 Jahre Einheit“ in Schleswig-Holstein stattgefunden haben dürfte.

Seitens der CDU-Landtagsfraktion nahmen die Abgeordneten **Markus Matthießen, Mark-Oliver Potzahr und Katja Rathje-Hoffmann** teil.

Tade Peetz

1991



STASI UND KEIN ENDE

– der große Report, der belegt, wie das frühere Ministerium für Staatssicherheit Millionen von Menschen erpreßt, bedroht, bespitzelt und ausspioniert hat.

- Organigramme dokumentieren den Dschungel, der diese Behörde zum Staat im Staate machte.
- Geheime Dokumente offenbaren die Skrupellosigkeit der SED und ihr verlogenes Spiel gegenüber dem Westen.
- Und dennoch beinhaltet dieses Buch auch den Versuch zu differenzieren: Nicht jeder MfS-Angehörige wußte, worauf er sich eingelassen hatte. Nicht jeder, der in irgendeiner Form „mitgemacht“ hat, darf vom Rechtsstaat ausgegrenzt werden.

3 548 34773 8

29,80

1997



Ullstein Taschenbuch

Aus dem Inhalt:

Einmal Freiheit und zurück
Unrecht hält nicht ewig
Die Stasi-Lady - stets zu Diensten
Ein Ministerpräsident in Rostock
„LA BELLE“ - Aufklärer
Im Dienste der Dienste
Sein Handwerk lernte er in Moskau
Zwangsumsiedlung
- das Regime nimmt Rache
„Das war so, das ist so,
und das wird auch so bleiben“
Countdown um einen Topagenten
Bittere Stasi-Treue
Erst nach dem Tod des Fußballstars
ist das MfS zufrieden
Im Namen der „Rose“
Es haben nicht alle geschwiegen
Seine neue Heimat fand er in Bayern
Mit Beziehungen geht alles
„Befreit uns noch einmal“





Werner Kalinka

Bericht



aus dem Land

Email- 257/2008

Wie die Stasi im SED-Auftrag Menschen diffamierte und schädigte

„Maßnahmen der Zersetzung sind auf das Hervorrufen sowie die Ausnutzung und Verstärkung solcher Widersprüche bzw. Differenzen zwischen feindlich-negativen Kräften zu richten, durch die sie zersplittert, gelähmt, desorganisiert und isoliert und ihre feindlich-negativen Handlungen einschließlich deren Auswirkungen vorbeugend verhindert, wesentlich eingeschränkt oder gänzlich unterbunden werden

Bewährte anzuwendende Formen der Zersetzung sind:

- ∞ **Systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes, des Ansehens und des Prestiges auf der Grundlage miteinander verbundener wahrer, überprüfbarer und diskreditierender sowie unwahrer, glaubhafter, nicht widerlegbarer und damit ebenfalls diskreditierender Angaben;**
- ∞ **systematische Organisation beruflicher und gesellschaftlicher Mißerfolge**

Bewährte Mittel und Methoden der Zersetzung sind:

- ∞ Das Heranführen bzw. der Einsatz von IM (Inoffizielle Mitarbeiter, d. Autor), legendiert als Kuriere der Zentrale, Vertrauenspersonen des Leiters der Gruppe, übergeordnete Personen, Beauftragte von zuständigen Stellen aus dem Operationsgebiet (Bundesrepublik, d. Autor), andere Verbindungspersonen usw.;
- ∞ die Verwendung anonymer oder pseudonymer Briefe, Telegramme, Telefonanrufe usw.; kompromittierende Fotos, z. B. von stattgefundenen oder vorgetäuschten Begegnungen;
- ∞ die gezielte Verbreitung von Gerüchten über bestimmte Personen."

Stasi-Minister Erich Mielke in einem Geheimbefehl 1976



Bericht



aus dem Land

www.werner-kalinka.de

Email- 16/2010
21. Jan. 2010



Für langjährige Mitgliedschaften wurden Werner Kofoldt (50 Jahre), Hans-Hermann Bern (40 Jahre) und Horst Etmanski (40 Jahre) von Werner Kalinka, Hans-Helmut Lucht und dem stellvertretenden Ortsvorsitzenden Günther Petrowski geehrt.

Auf eine erfolgreiche Arbeit im vorherigen Jahr konnte der Laboer CDU-Vorsitzende Hans-Helmut Lucht beim traditionellen Neujahrsessen in der "Strandklause" verweisen. Besorgnis erwecke aber, wie die Stimmung zu Berlin und Kiel sei. Auch kreispolitische Themen gäben Anlaß zur Sorge: "Mit der Blumenburg haben wir ein riesiges Problem, was nicht so einfach zu meistern ist." Als Ehrengäste begrüßte Lucht Werner Kalinka, den Präsidenten der Landwirtschaftskammer, Claus Heller, Bürgermeisterin Karin Nickenig und Fraktionssprecher Horst Etmanski.

Bürgermeisterin Karin Nickenig forderte auch dazu auf, das Profil der CDU zu zeigen. Zur Lage in Laboe konnte sie im Tourismus auf eine Zuwachs von 6 % verweisen. Allerdings gebe es im Haushalt 2010 in Laboe einen Fehlbedarf von 200.000 Euro mit steigender Tendenz in den nächsten Jahren. Fraktionssprecher Horst Etmanski: "Es geht darum, was sind die Prioritäten in unserer Gemeinde. Alles, alles hängt am Geld."

Kammerpräsident Claus Heller berichtete sehr informativ über die Kammer. Der Haushalt belaufe sich auf 29 Millionen Euro. Früher haben das Land knapp 50 % Zuschüsse gegeben, heute seien es nur noch 21,5 %. Die Arbeit der Kammer basiere auf zwei Säulen: Weisungsaufgaben des Landes und der Selbstverwaltungsbereich, also das, was die Landwirtschaft von der Kammer erwarte.





Bericht



aus dem Land

www.werner-kalinka.de



Email-14/2010
19. Jan. 2010

Notarzt-Standort Lütjenburg: „Der Vertrag darf nicht das letzte Wort sein.“

Deutliche Kritik an der von der Kreisverwaltung vorbereiteten und mit Mehrheit im Kreistag getroffenen Entscheidung, der Reduzierung der notärztlichen Versorgung in der Region Lütjenburg zuzustimmen, hat der Landtagsabgeordnete Werner Kalinka auf der Jahreshauptversammlung der CDU Tröndel geübt. Es sei nicht akzeptabel, dass künftig nur noch zwischen Juni und September des Jahres eine volle notärztliche Versorgung vor Ort gewährleistet sei. Kalinka: „Der Vertrag zwischen Kassen und Kreis Plön darf nicht das letzte Wort sein.“

Viele Bürger in der Region seien zu Recht besorgt und beunruhigt. Der Abgeordnete: „Im Jahr 2010 sollte es Standard sein, dass innerhalb von 12 Minuten ein Rettungsmittel vor Ort ist und die notärztliche Versorgung zudem schnell verfügbar ist.“ Das Kostenargument greife nicht: „Leben darf nicht von Euros abhängig sein.“ 200.000 Euro Mehrkosten seien im Gesundheitswesen eine überschaubare Größenordnung. Die Hälfte sei schon finanzierbar, wenn man auf neueingerichtete Pflegestützpunkte mit einem jährlichen Kostenvolumen von rund 110.000 Euro verzichte. Schon jetzt gebe es sehr gute und ausreichende Angebote, um sich über die Pflege und die Leistungsmöglichkeiten zu informieren.

Kalinka forderte dazu auf, auch mit den Kassen intensive Gespräche zu führen. Sie und der Kreis seien Verhandlungs- und Vertragspartner. Wenn mehr als 10.000 Bürger aus der Region mit ihrer Unterschrift bekundeten, dass sie mit der getroffenen Regelung nicht einverstanden seien, so sei dies zugleich eine Aufforderung an die Kassen, ihren Kurs zu ändern. Dazu fordere er auch die Kassen auf.

Der Tröndeler CDU-Ortsvorsitzende, Bürgermeister Volker Schütte-Felsche, berichtete von einem Steuerrückgang für die Gemeinde von rund 30 %: „Wir haben kräftigst in die Rücklage gegriffen. Das kann man einmal machen, aber nicht zu oft.“ Allein die Schneeräumungskosten hätten bereits den Haushaltsansatz aufgebraucht. Fehlendes Geld mindere auch die Motivation der ehrenamtlichen Kommunalpolitiker. „Was soll ich dann überhaupt noch machen“, fragten sich viele.

Kontinuität kennzeichneten die Wahlen. Als Vorsitzender wurde Volker Schütte-Felsche bestätigt, desgleichen sein Stellvertreter Michael Krohn. Schatzmeisterin bleibt Gisela Ernst. Als Beisitzer wurden Brunhilde Niebuhr, Henrike Schurse, Bernd Böge und Hans-Herbert Wiese bestätigt.



Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit
Postfach 70 61 | 24170 Kiel

Herrn
Werner Kalinka, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

03. Februar 2010

Sehr geehrter Herr Kalinka,

Werner Kalinka

ich danke Ihnen für Ihren Brief, in dem Sie mich bitten, mich für die durchgängige Sicherung der notärztlichen Versorgung in Lütjenburg und Umgebung einzusetzen.

Es ist Aufgabe des kommunalen Rettungsdienstträgers, des Kreises Plön, die Organisation des Notarztdienstes als Teil der Notfallrettung an dem tatsächlichen Bedarf auszurichten. Eine spezielle Frist für das Eintreffen des Notarztes am Notfallort ist im Rettungsdienstgesetz nicht geregelt.

Die Finanzierung des Rettungsdienstes ist zwischen dem Kreis und den Krankenkassen in Vereinbarungen über Benutzungsentgelte auszuhandeln. Damit liegt die Verantwortung beim Kreis als Aufgabenträger und den Krankenkassen als Kostenträgern.

Ich gehe davon aus, dass Ihnen aus der Arbeit des Kreistages des Kreises Plön die Hintergründe und die Schwierigkeiten in den Verhandlungen zwischen Kreis und Krankenkassen bekannt sind. Durch den Kreistagsbeschluss konnte, entgegen dem ursprünglichen Ansatz der Krankenkassen, das ergänzende Notarztssystem Lütjenburg ganz aufzugeben, eine dauerhafte saisonale Lösung erreicht werden.

Der Kreis hat dem MASG als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde bestätigt, dass die Notfallversorgung auch im Raum Lütjenburg entsprechend den Vorgaben des Rettungsdienstgesetzes sichergestellt ist. Vor diesem Hintergrund sehe ich keine rechtliche Handhabe, auf die vor Ort getroffenen Entscheidungen einzuwirken.

Unabhängig davon hat das MASG im Zuge der Moderation zur Weiterentwicklung der Eckpunktevereinbarung als Grundlage für die Benutzungsentgeltvereinbarungen zwischen den Kommunalen Landesverbänden und den Krankenkassen/-verbänden bereits abgeprochen, das Thema Notarztversorgung in Schleswig-Holstein grundsätzlich aufzugreifen. Dabei wird es darum gehen, einen Orientierungsrahmen für die Bedarfsbemessung

der Notarztversorgung – nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der zu erwartenden demographischen Entwicklung – zu erarbeiten. Die Gespräche werden am 16. Februar 2010 im Rahmen einer durch das MASG moderierten Arbeitsgruppe aus Vertretern der Aufgaben- und Kostenträger beginnen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass der angestrebte Orientierungsrahmen Veranlassung geben könnte, die aktuell getroffenen Entscheidungen zur Notarztversorgung in Lütjenburg und Umgebung zu überdenken. Dies ist gegenwärtig aber nicht absehbar.

Mit freundlichen Grüßen

Heiner Gerg
Dr. Heiner Gerg



Bericht



aus dem Land

www.werner-kalinka.de



Email- 21/2010
28. Jan. 2010

DGB streicht K.E.R.N aus seinem Namen

Sie erinnern sich noch? Besonders 2004 und 2005 (Plöner Landratswahlkampf !) wurde immer wieder das Thema K.E.R.N "hochgezogen". Mit an der Spitze: Die "Kieler Nachrichten" (Norbert Zimmer). Tenor: K.E.R.N ist die Zukunft, sonst wird alles schlechter.

Die CDU-Kreistatsfraktion und der Plöner Kreistag hatten gute Gründe, für Veränderungen zu sorgen. Der K.E.R.N-Verbund war nicht so erfolgreich und effektiv, wie öffentlich dargestellt. Zwischen Anspruch und Wirklichkeit waren deutliche Differenzen.

Nicht zuletzt mußte zudem jedem klar sein, dass K.E.R.N auf Dauer dazu führen würde, einen Großkreis um Kiel zu bilden. So, wie es die SPD mit Ralf Stegner an der Spitze 2005 im Falle der Regierungsbildung hätten verwirklichen wollen. So war es auch nicht überraschend, dass der Plöner Kreistag im Laufe der Zeit immer mehr Zustimmung bei den Kieler Nachbarn für seine Politik fand.

Nun hat der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in Kiel mitgeteilt, er wolle sich nicht nur organisatorisch, baulich und personell neu aufstellen. Er ändere auch seinen Namen und heiße künftig DGB "Kiel Region".

Seit der Kommunalwahl 2008 hätten all jene, die die Plöner Kreistagsentscheidung für falsch angesehen haben, für eine Wiederherstellung der alten Positionen sorgen können. Nirgendwo ist dies erkennbar. So schlecht kann also auch zu diesem Thema nicht gewesen sein, was zwischen 2003 und 2008 von den Kreistagsabgeordneten im Kreishaus beschlossen wurde.

Ostholsteiner Anzeiger vom 22.01.2010, Seite 5

Kalinka: In der Kreisverwaltung gibt es mehr Sparmöglichkeiten als nur „geburtstagsfrei“

PLÖN Landrat und Kreistag haben die Sparmöglichkeiten in der Verwaltung bei weitem nicht ausgeschöpft. Die Abschaffung des „Geburtstagsfrei“ sei längst überfällig gewesen. Nun müsse auch noch die Regelung zur Frühstückspause geändert werden, fordert der CDU-Landtagsabgeordnete Werner Kalinka. Er reagiert damit auf den Vorschlag des Landrates Dr. Volkram Gebel, dass die Verwaltung als Sparmaßnahme die Geburtstagsregelung aufgeben könnte (OHA vom 20. Januar: „Kreis streicht Geburtstagsgeschenke“).

Das Ende dieses „Geburtstagsfrei“ sei von der CDU-Kreistagsfraktion seit Jahren gefordert worden. Nun müsse auch die Regelung zur Frühstückspause geändert werden, so Kalinka: „Niemand hat etwas dagegen, dass von den Mitar-

beitern eine Frühstückspause gemacht wird. Diese Pause darf jedoch nicht als Arbeitszeit gewertet werden, wie dies seit mehr als 15 Jahren der Fall ist, sondern muss nachgearbeitet werden. Wer wirklich sparen will, darf vor der Frühstückspause nicht halt machen.“

Mit 50 000 Euro werde das Sparvolumen durch das Streichen des Geburtstagsfrei beziffert. Die Kosten der Frühstückspause beliefen sich bei rund 220 Arbeitstagen und rund 325 Mitarbeitern auf etwa 700 000 Euro im Jahr. 15 Minuten Arbeitszeit eines Mitarbeiters seien mit durchschnittlich 9,80 Euro zu veranschlagen. Das Privileg einer Frühstückspause ohne zeitliche Anrechnung gehöre längst abgeschafft. In anderen Verwaltungen sei dies geschehen. Kalinka: „Wenn man 750 000 Euro mal

15 Jahre nimmt, dann ist unschwer zu erkennen, wie hoch hier das Einsparpotenzial schon längst gewesen ist. Wenn Forderungen an das Land gestellt werden, so ist dies völlig in Ordnung. Aber dann muss man auch zu Hause alle relevanten und anderswo selbstverständlichen Einsparungen vorgenommen haben.“

Zur Diskussion um die Finanzierung des sanierungsbedürftigen Parkhauses der Kreisverwaltung merkt Kalinka an, dass die Mitarbeiter der Klinik Preetz für einen Parkplatz im Monat 25 Euro zahlen müssten. Wenn dies auch für die Kreisverwaltung gelte, werde die Finanzierung der notwendigen Sanierung kein Problem mehr sein, so der Landtagsabgeordnete Kalinka.

kf

Kieler Nachrichten vom 23.01.2010, Seite 38
Ostholstein

Kalinka: Pause nicht als Arbeitszeit werten

Weiterer Sparvorschlag:
Mitarbeiter zahlen für
Parkhaus-Stellplatz

Plön – Der CDU-Landtagsabgeordnete und frühere Plöner Kreispräsident Werner Kalinka hat sich in die Diskussion um Einsparungen beim Personal der Kreisverwaltung eingeschaltet. In einer Mitteilung greift er einen früheren Vorschlag auf, die 15-minütige Frühstückspause der Angestellten nicht mehr als Arbeitszeit gelten zu lassen.

„Niemand hat etwas dagegen, dass von den Mitarbeitern eine Frühstückspause gemacht wird. Diese Pause darf jedoch nicht als Arbeitszeit gewertet werden, wie dies seit mehr als 15 Jahren der Fall ist.“ Bei 220 Arbeitstagen und rund 325 Mitarbeitern belaufen sich die Kosten dafür auf rund 700 000 Euro im Jahr, rechnete Kalinka vor. Für seine Rechnung veranschlagt er

9,80 Euro Lohnkosten pro 15 Minuten. In anderen Verwaltungen sei das Privileg einer Frühstückspause ohne zeitliche Anrechnung längst abgeschafft.

Landrat Volkram Gebel hatte für seine Sparliste angekündigt, auch das so genannte „Geburtstagsfrei“ in der Kreisverwaltung zu streichen. Einfache Mitarbeiter dürfen bislang an ihren Geburtstagen nach zwei Stunden nach Hause gehen, leitende Mitarbeiter nach einem halben Tag. Bei Wegfall dieser Vergünstigung würde der Kreis 50 000 Euro sparen, rechnete der Landrat vor.

Zur Diskussion um die Finanzierung der Sanierung des Parkhauses an der Kreisverwaltung verweist Kalinka auf die Mitarbeiter der Klinik Preetz. Die müssten für einen Stellplatz 25 Euro entrichten. Wenn dies auch für die Kreisverwaltung in Plön gelten würde, sei die Reparatur des Parkhauses kein Problem. hjs



Bericht



aus dem Land

www.werner-kalinka.de



Email- 36/2010
18. Febr. 2010

Ostholsteiner Anzeiger 18. Februar 2010

Plön: Kreistag kippt heute die Frühstückspause für Mitarbeiter in der Kreisverwaltung

PLÖN Die Frühstückspause der etwa 400 Mitarbeiter des Kreises Plön soll künftig nicht mehr zur Arbeitszeit zählen. Einen gemeinsamen Antrag dazu bringen CDU und SPD heute im Plöner Kreistag ein. Gestern Abend ist der Antrag schon Gegenstand im Finanzausschuss gewesen.

Damit wird es für die Mitar-

beiter beim Kreis nach der bereits von Landrat Dr. Volkram Gebel vorgeschlagenen Abschaffung des „Geburtstagsfreis“ weitere Einschnitte geben. Die neue Regelung der Frühstückspause in der Kreisverwaltung hatte erst im Januar der CDU-Landespolitiker Werner Kalinka gefordert. Auf rund 50 000 Euro wird das

Sparvolumen durch das Streichen des Geburtstagsfreis geschätzt. Bislang war es üblich, dass Mitarbeiter der Verwaltung an ihrem Geburtstag etwa zwei Stunden arbeiten, anschließend eine Stunde lang mit Kollegen auf ihren Festtag anstoßen und dann nach Hause gehen.

Die Kosten der Frühstücks-

pause belaufen sich bei rund 220 Arbeitstagen und rund 325 Mitarbeitern auf etwa 700 000 Euro im Jahr. 15 Minuten Arbeitszeit eines Mitarbeiters seien mit durchschnittlich 9,80 Euro zu veranschlagen. Es könnte also Arbeitszeit im Wert von 750 000 Euro erwirtschaftet werden. In ihrem Antrag for-

dem CDU und SPD den Landrat und den Personalrat auf, die Dienstvereinbarungen über soziale Leistungen unter Berücksichtigung der Freistellung an Geburtstagen und der Anrechnung der Frühstückspause auf die Arbeitszeit neu zu fassen.

CDU und SPD haben sich zum ersten Doppik-Haushalt

Gedanken gemacht. Sie wollen Höhergruppierungen zurückstellen und die Stelle von Klaus Plambeck im Fachbereich III zum 1. August mit einem Wirtschaftsfachmann mit Führungserfahrung neu besetzen, erfuhr der OHA. Außerdem sollen zwei Amtsleiterstellen künftig nicht wieder besetzt werden.

Der Etat-Entwurf des Kreises Plön weist für 2010 ein Defizit von rund 4,5 Millionen Euro aus, obwohl durch die beschlossene Erhöhung der Kreisumlage mit Mehreinnahmen von 2,5 Millionen Euro gerechnet wird. Kritik dazu hat es in dieser Woche schon aus Wankendorf gegeben.

Michael Kuhr



Bericht



aus dem Land

www.werner-kalinka.de

Email- 25/2010
1. Feb. 2010

Bundeszuschuss für Kosten der Unterkunft und Heizung: Es geht um 50 Millionen Euro im Jahr für die schleswig-holsteinischen Kommunen

Der Bundeszuschuss für Kosten der Unterkunft und Heizung für hilfebedürftige Menschen orientiert sich an den so genannten Bedarfsgemeinschaften. Er lag bundesdurchschnittlich 2005 und 2006 bei 29,1 %, stieg dann 2007 auf 31,8 %, fiel 2008 auf 29,2 % und liegt inzwischen bei 23,6 %. Ursache ist der Rückgang der Bedarfsgemeinschaften.

Zu Recht heißt es seitens der Länder und Kommunen, dass die Bedarfsgemeinschaften nicht hinreichend aussagekräftig für die Kosten sind. **Entscheidend ist, welche Kosten tatsächlich entstehen. Und dies ist nicht zuletzt davon abhängig, wie viel Energie verbraucht wird und wie streng ein Winter ist.**

Auf rund 35 % schätzt der Landkreistag einen kostendeckenden Bundessatz. Dies würde ein Mehr für den Bund von rund 1,5 Milliarden Euro auslösen. Sicherlich viel Geld auch für den Bund.

Die enorme Bedeutung für die Kommunen wird jedoch dadurch deutlich, dass sie rund 50 Millionen Euro mehr in der Kasse hätten, wenn der Bund kostendeckend zahlen würde. Insgesamt werden für 2010 die Kosten in Schleswig-Holstein auf 540 Millionen Euro geschätzt.

Dabei wissen wir noch nicht, wie stark die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auch hier zusätzliche Kosten verursachen können. Nach den Zahlen dürfen wir für Schleswig-Holstein allerdings vorsichtig optimistisch sein: Schleswig-Holstein trotz der Krise auf dem Arbeitsmarkt stärker als anderswo.

Es wird ein zähes Ringen mit dem Bund erfordern, um zu höheren Zuwendungen zu kommen. Denn auch dies ist eine Wirkung der Schuldenbremse: Überall wird viel genauer auf jeden Euro geachtet! Dies tut auch der Bund.

Nach der Zustimmung Schleswig-Holsteins zum so genannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz stehen wir in der Erwartung, dass gleichwohl die schwarz-gelbe Koalition in Berlin zumindest ein wenig die Kasse öffnet. So ist uns dies auch nach den Gesprächen vermittelt worden.

Die Neuregelung der ARGEn muss bis zum Sommer 2010 beschlossen sein. Vielleicht wird das Thema der Kosten der Unterkunft auch dabei „mit verhandelt“, denn ein Sachzusammenhang liegt ja auf der Hand. Es wäre gut, wenn wir endlich Klarheit hätten.

50 Millionen Euro für die Kommunen in Schleswig-Holstein – darum lohnt es sich zu kämpfen. Und es wäre sicherlich auch gut, wenn insbesondere die schleswig-holsteinischen Abgeordneten aktiv helfen würden, in Berlin den Kommunen des Landes zu helfen.



Bericht



aus dem Land

www.werner-kalinka.de



Email- 38/2010
19. Febr. 2010

Aktuelles aus der Landespolitik

Eine größere Anzahl von Themen befindet sich in der Diskussion bzw. Entscheidungsfindung. Ich möchte zu Fragen, die in den vergangenen Wochen häufiger gestellt wurden, kurz einige Informationen übermitteln.

LEP: Wir befinden uns in der konkreten Entscheidungsphase. Die Fraktionsarbeitskreise haben ein „Eckpunktepapier“ für die März-Sitzung des Landtages erarbeitet. Am 27. Februar 2010 werden die Vertreter der Koalitionsfraktionen und der Innenminister noch einmal gründlich konferieren.

Windenergie: Das Innenministerium hat einen 18-seitigen Beratungserlass für kleine und kleinste Anlagen herausgegeben. Er ist eine Handlungsempfehlung. Für die größeren und großen Anlagen ist der Erlass in der Abstimmung.

Abwasser: Die Dichtigkeitsprüfungen bereiten hinsichtlich des Zeitdruckes und der Kosten vielen Kommunen und Bürgern Sorgen. Der umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Michael von Abercron: „Die Frage der Prüfung der Dichtigkeit von Abwasserrohren auf Privatgelände muss trotz zügiger Beratung sorgfältig abgearbeitet werden“. Weitere Beratungen folgen.

Straßenausbaubeiträge: Über die Erhebungspflicht hat es auch jüngst kontroverse Diskussionen gegeben. Die Fraktionsarbeitskreise „Innen und Recht“ und „Agrar“ werden gemeinsam dazu beraten.

Mittelstand: Die Förderinstitute in Schleswig-Holstein wollen innerhalb von 20 Arbeitstagen nach Vorlage aller Unterlagen künftig ihre Entscheidung treffen.

Camping-Verordnung: Die Verabschiedung ist noch für den März 2010 vorgesehen.

Jugend-Taskforce: Bis zum Sommer sollen die Schwerpunkte mit dem Ziel einer wirkungsvollen Eindämmung der Jugendkriminalität feststehen. Die Koalitionsfraktionen stehen dazu in Beratungen. In Schleswig-Holstein gibt es rund 1.000 jugendliche Intensivtäter.

Sturmschäden „Daisy“: Bei der Landesregierung steht seit der Zeit der Stark-Regenfälle ein Fonds von maximal 500.000 Euro zur Verfügung. In den nächsten 14 Tagen soll über die vorliegenden Anträge entschieden werden.

Bereitschaftsdienst Richter: Die Verfügbarkeit von Richtern zur Einholung von richterlichen Genehmigungen bei Polizeikontrollen in der Nacht ist in den vergangenen Wochen öffentlich immer wieder thematisiert worden. Hinsichtlich der Lösung sind die Koalitionsfraktion in Kiel, wie auch der Justizminister, in Beratungen.



Bericht



aus dem Land

www.werner-kalinka.de

Email- 55/2010
17. März 2010

Lübecker Nachrichten 16. März 2010

Geschlossene Heime für junge Intensiv-Straftäter?

Kieler Koalitionsfraktionen wollen Wiedereinführung prüfen
Landtag soll eine „Task Force“ gegen Jugendgewalt beschließen

VON WOLFRAM HAMMER
UND BASTIAN MODROW

KIEL – Die Jugendkriminalität in Schleswig-Holstein erreicht dramatische Dimensionen. 24 200 Straftaten zählte die Polizei im vergangenen Jahr – noch einmal 500 Fälle mehr als im bisherigen Rekordjahr 2008. Im Norden gibt es mehr als 1000 sogenannte Intensivtäter unter 21 Jahren, die immer wieder straffällig werden. CDU und FDP wollen diese Woche im Landtag eine „Task Force“ gegen Jugendkriminalität beantragen. CDU-Innenexperte Werner Kalinka geht noch weiter und will die Unterbringung junger Straftäter in geschlossenen Jugendheimen.

Aus dem Polizeibericht der vergangenen Tage: In der Lübecker Altstadt prügeln zwei 15-Jährige einen Passanten brutal nieder, um ihm sein Handy wegzunehmen. In Flensburg hält ein 16-Jähriger einem Zeitungszusteller ein Messer an den Hals, um an

dessen Portemonnaie mit 20 Euro Bargeld zu gelangen. In Ahrensburg (Stormarn) dreschen grundlos zwei 13- und 15-Jährige mit einer Eisenstange auf einen Fußgänger ein. Die Täter sind – wie so oft – polizeibekannt. Rund 1000 Gewaltdelikte zählte die Polizei 2009 in Lübeck. 370 Taten

„Die zunehmende Gewaltbereitschaft der Jugendlichen ist alarmierend.“

Gerrit Koch (FDP)

– also fast 40 Prozent – wurden von Heranwachsenden verübt. Bei 33 Schlägereien waren die Täter sogar jünger als 14. Allein in Lübeck gibt es 160 Intensivtäter. Die Landes-CDU will junge Wiederholungstäter jetzt in geschlossenen Heimen unterbringen. Dort könnten Jugendliche und strafunmündige Kinder

sozialtherapeutisch betreut werden. „Wir müssen diese Debatte jetzt führen, viele Experten raten dazu“, sagt Unions-Innenexperte Kalinka.

Das erste „Landesjugendheim“ in der Selenter Blumenburg war 1993 von Rot-Grün abgeschafft worden. SPD-Innenexperte Kai Dolgner bleibt dabei: „Geschlossene Heime dienen nicht der Resozialisierung und sind zu teuer.“ Auch Thorsten Förter (Grüne) ist skeptisch: „Natürlich brauchen junge Gewalttäter Zuwendung. Ob geschlossene Heime ein probates Mittel sind, bezweifle ich aber.“

Geht es nach Kalinka, soll die Wiedereinführung Bestandteil eines Maßnahmenkatalogs gegen Jugendkriminali-

tät werden, den das Innenministerium bis Juli vorlegen soll. Dazu gehört vor allem die Aufstellung einer „Task Force“, in der Sozialarbeiter, Schule, Polizei und Justiz zusammenarbeiten. Zudem sollen alle Präventionsmaßnahmen auf den Prüfstand. Die Jugendkriminalität wachse und werde „von den Bürgern als erschreckend und bedrohlich empfunden“, so Kalinka. Diese Ansicht teilt der FDP-Innenexperte Gerrit Koch: „Die zunehmende Gewaltbereitschaft der Jugendlichen ist alarmierend.“ Die geschlossene Unterbringung könne eine Möglichkeit sein, dem entgegenzuwirken. „Wir sollten darüber debattieren.“ Allerdings: Für die FDP sei wichtig, dass Intensivtäter nicht einfach weggeschlossen werden. Im Vordergrund müsse Resozialisierung stehen.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) plädiert für das niedersächsische Modell. Dort betreibt die Caritas als privater Träger neuerdings ein geschlossenes Heim. „Das sollte ein Vorbild für Schleswig-Holstein sein“, so GdP-Landesgeschäftsführer Karl-Hermann Rehr. Die Erfahrungen hätten im Norden deutlich gezeigt, dass die Alternative – offene Wohngruppe oder Jugendgefängnis – nicht helfe.